



29. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 31. März 2023

Mitteilungen des Präsidenten	3	Simone Wendland (CDU)	17
		Martin Metz (GRÜNE).....	18
		Christin-Marie Stamm (SPD)	20
1 Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen! – Landesregierung muss Interessen besser zum Ausgleich bringen		Christof Rasche (FDP).....	21
		Andreas Keith (AfD)	21
		Minister Oliver Krischer	22
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3786		Ergebnis.....	23
<u>In Verbindung mit:</u>			
Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!		3 Allen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen – Anschlussperspektive nicht an Datenübermittlung scheitern lassen	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3657	3	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/3665	23
Christof Rasche (FDP)	3	Lena Teschlade (SPD).....	23
Dr. Ralf Nolten (CDU).....	5	Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)	25
Nina Andrieshen (SPD)	6	Benjamin Rauer (GRÜNE).....	25
Norwich Rüße (GRÜNE)	8	Susanne Schneider (FDP).....	26
Andreas Keith (AfD).....	9	Dr. Martin Vincentz (AfD)	27
Ministerin Silke Gorißen	10	Minister Karl-Josef Laumann	28
Tülay Durdu (SPD)	11	Ergebnis.....	30
Stephan Wolters (CDU).....	13		
Christof Rasche (FDP)	14	4 Augen auf beim Heizungstausch – Ein emissionsfreier Wärmemarkt kann nur mit, nicht gegen die Hauseigentümer umgesetzt werden	
Dr. Robin Korte (GRÜNE)	15	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3659	30
Carlo Clemens (AfD)	16	Angela Freimuth (FDP).....	30
Ergebnis	17	Peter Blumenrath (CDU).....	31
		Sebastian Watermeier (SPD)	32
2 Nordrhein-Westfalen wird Fahrradland – Klimaziele erreichen, Radverkehrsinfrastruktur stärken		Michael Röls (GRÜNE).....	34
		Christian Loose (AfD).....	34
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/3675	17	Minister Oliver Krischer	35
		Ergebnis.....	36

5 Medikamentenversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen – Lieferengpässen entgegenwirken.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3649..... 36

Dr. Martin Vincentz (AfD)..... 37
Jörg Blöming (CDU) 38
Serdar Yüksel (SPD) 38
Meral Thoms (GRÜNE) 39
Susanne Schneider (FDP) 39
Minister Karl-Josef Laumann..... 39

Ergebnis 40

Tim Achtermeyer (GRÜNE)
Wibke Brems (GRÜNE)
Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE)

Franziska Müller-Rech (FDP)
Dirk Wedel (FDP)

Dr. Hartmut Beucker (AfD)
Enxhi Seli-Zacharias (AfD)
(ab 12 Uhr)
Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Dr. Christian Blex (fraktionslos)

6 Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld nicht weiter verlängern – Verfahrenserleichterungen für Betriebe regulär im SGB III aufnehmen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3660..... 40

Susanne Schneider (FDP) 40
Britta Oellers (CDU)..... 41
Lena Teschlade (SPD) 42
Jule Wenzel (GRÜNE)..... 43
Dr. Martin Vincentz (AfD)..... 44
Minister Karl-Josef Laumann..... 44

Ergebnis 45

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Hendrik Wüst
Minister Dr. Benjamin Limbach
Minister Nathanael Liminski
Ministerin Mona Neubaur
Minister Dr. Marcus Optendrenk
Ministerin Josefine Paul

Heinrich Frieling (CDU)
Bernd Krücker (CDU)
Bodo Löttgen (CDU)

Alexander Baer (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Dilek Engin (SPD)
Silvia Gosewinkel (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)
Josef Neumann (SPD)
(bis 12 Uhr)
Christina Weng (SPD)

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 29. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt wie immer auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **21 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Unruhe – Glocke)

Geburtstag haben heute zwei Abgeordnete: zum einen Simone Wendland von der Fraktion der CDU und zum anderen Jens-Peter Nettekoven von der Fraktion der CDU. Beiden einen herzlichen Glückwunsch, alles Liebe und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich darf nun aufrufen:

1 Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen! – Landesregierung muss Interessen besser zum Ausgleich bringen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3786

In Verbindung mit:

Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3657

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 27. März 2023 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP spricht als Erster der Kollege Rasche als Abgeordneter des Landtags.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend durfte ich das Plenum noch schließen. Heute Morgen darf ich es, zumindest was die Reden betrifft, schon wieder eröffnen. Das ist fast noch schöner als der Geburtstag unserer beiden Kollegen aus der CDU-Fraktion.

Es ist aber heute Morgen ein ernstes Thema. In dieser Aktuellen Stunde geht es um die Hälfte von Nordrhein-Westfalen. Es geht um die Regionen mit den Hidden Champions und damit um rund 8 Millionen Einwohner. Es geht um den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. Und es geht um die politische Frage, welchen Stellenwert der ländliche Raum für die Landesregierung und die Koalition von CDU und Grünen hat.

Ich komme aus Südwestfalen und sehe viele Kollegen, die ebenfalls daher kommen. Die CDU hat alle zehn Wahlkreise direkt geholt.

(Beifall von der CDU)

Dann denkst du: Der ländliche Raum ist bei der CDU gut aufgehoben.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Schön, dass Sie wach werden.

(Heiterkeit)

Man denkt, der ländliche Raum sei dort gut aufgehoben. Aber es kommen Zweifel. Ich kann Ihnen sagen: Immer mehr Menschen in diesen ländlichen Regionen sind von der Politik dieser Regierung enttäuscht.

(Beifall von der FDP – Zurufe)

– Die anderen Kollegen werden auch wach. Das ist gut.

Die CDU kann diese Kritik jetzt leicht abtun und sagen: Typisch Opposition; da ist nichts dran. – Aber es gibt sehr kompetente und neutrale Partner in Nordrhein-Westfalen, die diese Kritik und diese Enttäuschung klar teilen und sich klipp und klar dazu äußern.

So äußert sich zum Beispiel, wie im Antrag steht, der Städte- und Gemeindebund mit dem Hauptgeschäftsführer Christof Sommer. Er mahnt an, dass die Landespolitik – und damit meint er die Landesregierung – endlich mehr für den ländlichen Raum tun muss, und nennt viele Beispiele, unter anderem die Felder Bildung, Kultur, Sport und Freizeit. Übersetzt heißt das: Die Landesregierung tut dort bisher zu wenig.

Ich führe gleich einige Beispiele an. Aber vorweg: Ich bin davon überzeugt, dass der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen bärenstark ist. Der ländliche Raum braucht keine außergewöhnlichen Hilfen. Er darf aber auch nicht vernachlässigt werden. Genau das ist der Punkt und der Grund für die Kritik an der Politik dieser Regierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ausschließlich Behauptungen und keine Belege!)

– Ich wundere mich immer, dass Kollegen aus einer so großen Stadt wie Essen den ländlichen Raum überhaupt kennen, lieber Kollege.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das fängt ja schon flach an! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne vier Beispiele.

Erstes Beispiel: Flüchtlinge. Die Kommunen leiden sehr unter dem Strom von Flüchtlingen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Städtetag mit Thomas Kufen – aus Essen –, CDU, und der Städte- und Gemeindebund mit Christof Sommer, ebenfalls CDU,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

haben 70.000 Landesunterkünfte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen gefordert. Diese 70.000 haben sie übrigens zu einem Zeitpunkt gefordert, zu dem die Situation noch gar nicht so verschärft war, wie sie heute ist.

Und was macht die Landesregierung? Sie sagt: Wir schaffen bis zu 35.000 Landesunterkünfte; mehr machen wir nicht. – Basta! Keine Verhandlung, nichts; keine Bewegung bei dieser Landesregierung und der zuständigen Ministerin.

Noch einmal klipp und klar: Vertreter der CDU in wichtigen Organisationen fordern das Doppelte dessen, was die Landesregierung tut.

Zweites Beispiel: finanzielle Ausstattung der Kommunen. Der Landkreistag hat gerade in dieser Woche angemahnt: Die Kommunen gehen in die Pleite. Sie können wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen. Finanzielle Zuweisungen müssen deutlich steigen.

Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen ist sehr von den Kollegen der CDU geprägt – und nicht von anderen, schon gar nicht von der FDP.

Drittes Beispiel: Ausgleich zwischen Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Darum geht es. Der ländliche Raum ist geradezu überzogen von Landschaftsschutzgebieten,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Oh! Das ist aber schlimm!)

Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten. Bisher sind zum Beispiel keine Windkraftanlagen und keine Solaranlagen in diesen Gebieten erlaubt, obwohl dort viel Industrie angesiedelt ist, zum Beispiel auch energieintensive Industrie, zum Beispiel Zementwerke.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ah! Zum Beispiel!)

Diese wollen direkt neben dem Werk regenerative Energie erzeugen und sie sofort verbrauchen.

Aber diese Landesregierung bekommt es bisher nicht hin, den Widerspruch zwischen Naturschutz auf

der einen Seite und notwendiger Energie- und Wirtschaftspolitik auf der anderen Seite aufzulösen. Das ist ein Riesenproblem. Ich weiß, dass Herr Krischer daran arbeitet. Aber die Lösung liegt bisher noch nicht auf dem Tisch.

(Beifall von der FDP)

Was man aber plant, ist ein weiteres Naturschutzgebiet im Sauerland. Ohne die erste Frage zu lösen, sollte man auf das zweite Ziel, weitere Gebiete auszuweisen, verzichten.

Es gibt aber noch drei weitere wichtige Themen, die ich in dieser ersten Runde kurz benennen möchte und gleich in der zweiten Runde noch einmal ansprechen werde. Es geht um die Bereiche „Feuerwehren“, „Sport“ und „Ehrenamt“.

Der Städte- und Gemeindebund fordert am 28. Februar 2023 – das ist noch nicht lange her – in seiner Pressemitteilung die Landesregierung dazu auf, die Förderungen im ländlichen Raum für Sport und Feuerwehren nicht zu streichen.

Nehmen wir das Beispiel der Feuerwehren. Die Standards haben sich deutlich erhöht. Es sind Investitionen in allen Feuerwehrgerätekäusern, auch der freiwilligen Feuerwehr, notwendig. Viele Feuerwehrgerätekäuser müssen neu aufgebaut werden.

Wir haben in der alten Koalition überlegt: Wie gehen wir mit diesem Problem um? – Im Jahr 2020 haben wir darüber gesprochen, dass es ein Förderprogramm braucht. Allerdings wussten wir nicht, wie es abgerufen wird. Wir waren uns aber seinerzeit einig: Wenn der Bedarf groß ist und die Mittel abgerufen werden, werden wir diesen Ansatz erhöhen, weil nämlich der Bedarf da ist.

Was macht nun diese Koalition von CDU und Grünen? Sie streicht diesen Haushaltsansatz und setzt ihn auf null. Es gibt kein Geld mehr für Feuerwehrgerätekäuser im ländlichen Raum. Das ist ein Nackenschlag für die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen und für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Bei Sportstätten sieht es nicht anders aus. Bisher gab es dort pro Sportstätte die Möglichkeit einer Förderung in Höhe von 500.000 Euro. Da ist in den vergangenen Jahren viel entstanden. Insgesamt wurden 22 Millionen Euro über dieses Strukturprogramm in Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum investiert. Der Bedarf ist extrem groß. Das Programm war weit überzeichnet.

Zu welchem Schluss kommt dann diese Koalition? Nicht etwa, den Ansatz zu erhöhen, vielleicht sogar zu verdoppeln, sondern, ihn auf null zu setzen. Das ist wieder ein Nackenschlag, in diesem Fall neben der Feuerwehr für den gesamten Bereich „Sport“, also ein Drittel der Bevölkerung in Nordrhein-West-

falen, und erneut ein Nackenschlag für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Wir fordern die Kollegen von CDU und Grünen auf, Feuerwehrgerätehäuser- und Sportstättenförderung wieder in das Förderprogramm „Strukturerwicklung des ländlichen Raums“ aufzunehmen, damit es mit dem Sport, den Feuerwehren und dem Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen weitergeht und in die richtige Richtung geht. Vielen Dank dafür. Das wäre auch ein gutes Geburtstagsgeschenk für Jens Nettekoven. Er würde sich freuen.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht Herr Dr. Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem dürren Antrag habe ich mich schon gefragt, wo denn der aktuelle Anlass und der Aufhänger ist, der über den ursprünglich für gestern Abend angesetzten Antrag zum Dorferneuerungsprogramm hinaus diese Aktuelle Stunde begründet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die ersten Absätze des Antrags auf Aktuelle Stunde geben vor, sich aufgrund von zwei Presseartikeln mit einem Verteilungsproblem von Wohnbedarfen zu beschäftigen, und enthalten den Hinweis auf ländliche Wohnungsleerstände.

Vor zwei Jahren war es die AfD, die genau mit diesem verqueren Ansatz zwecks Flüchtlingsunterbringung um die Ecke kam. Die Faktenlage hat sich seitdem nicht verändert. Ja, es gibt im Sauerland und im Lipperland Leerstandsquoten von 3 %. Diese gibt es aber auch in Hagen, Remscheid, Solingen und Mönchengladbach. Ja, liebe FDP, Münster hat nur gut 1 % – ähnlich wie Borken, Coesfeld, Wesel und Steinfurt.

Neben den mittelbaren Ursachen, nämlich den wirtschaftlichen, politischen und planerischen Rahmenbedingungen, sind für den Einzelfall schwierige Eigentumsverhältnisse, Lage und Bausubstanz sowie Gebäude- und Grundstückswerte entscheidend.

Die Situationsbeschreibung in Ihrem Antrag ist heute mehr denn je jenseits der Realität.

(Beifall von der CDU)

Warum, glauben Sie, rufen die Bürgermeister landauf, landab um Unterstützung bei der Flüchtlingsunterbringung? Wegen der vorhanden Leerstände, die Sie hier anführen?

In Ihrem Antrag finden sich furchtbar schlaue Sätze wie:

„Wir müssen die lokale Wirtschaft ankurbeln. Wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, werden potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.“

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Bei einer Arbeitslosenquote in NRW von 7,2 % liegen die Quoten in Höxter bei 4,4 %, in Monschau bei 3,9 %, in Borken und im sauerländischen Schmallenberg bei 2,7 %.

Wirtschaftlich sind die ländlichen Kommunen im Schnitt nicht sehr viel schlechter aufgestellt – auch dank unserer gemeinsamen Politik mit der Aufwands-/Unterhaltungspauschale und der Aufstockung der Abwassergebührenhilfe, die endlich ein klein wenig den tatsächlich höheren Bedarfen durch ein Mehr an Straßen, Kitas und Schulen in dünn besiedelten Bereichen Rechnung tragen, sowie mit einer Finanzausstattung, die dazu geführt hat, dass bis zur Ukraine-Krise alle NRW-Kommunen ihre Liquiditätskredite um mehr als 20 % zurückführen konnten.

Ja, punktuell sind einzelne Regionen im Land benachteiligt, wenn es um Akademiker und Fachkräfte in bestimmten Bereichen geht.

Um den Klebeffekt zu stärken, gibt es im Gesundheitsbereich die neue Medizinische Fakultät OWL, die Landarztquote, die Niederlassungsprämie und die Einzelförderung zur gezielten Förderung der Versorgungsstruktur. Telemedizinische Komponenten mit den entlastenden Versorgungsassistenten sichern Versorgungsqualität in der Fläche genauso wie auch die neue Krankenhausplanung.

Merken Sie was? Während Sie, liebe FDP, Probleme beschreiben, sind wir gemeinsam mit den Strukturen vor Ort doch längst zu den Lösungen unterwegs.

Auch hinsichtlich der Verkehrsanbindung lohnt der differenzierte Blick. Gefühlt lebt jeder Zweite im ländlichen Raum. Meinen wir verkehrsmäßig schlecht angeschlossene Lagen in Eifel, Siegerland und Weserbergland? Da sind es weniger als 2 % der Bevölkerung.

Weder ländliche noch städtische Wohnungsmärkte weisen homogene Strukturen und Trends auf. So steht es in der Antwort auf die Große Anfrage zu ländlichen Räumen von August 2021. „Jung kauft Alt“, „Dorv-Läden“ oder „Bürgerbusse“ – wir unterstützen diese Initiativen.

Wir fördern die Initiativen vor Ort über das NRW-Programm „Ländlicher Raum“, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und das Programm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“.

Kein Programm macht das so deutlich wie das Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-West-“

falen.“, bei dem übrigens die Hälfte der Förderungen in die kleineren Kommunen geht.

Ländliche Räume sind nicht – wie bei Ihnen – Problemzonen, sondern Chancenräume. Das haben wir längst begriffen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Warum wird das längst überholte, uralte Stadt-Land-Dichotomie-Modell bei der FDP nun wiederbelebt? Wie ist es denn zu erklären, dass der in die heutige Debatte überführte Antrag den Titel „Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen!“ trägt, der Antrag zu dieser Aktuellen Stunde aber in der Überschrift markig formuliert: „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“?

Mit keinem einzigen Satz, Herr Rasche, wird aufgezeigt, wo wir denn diese Benachteiligung durchführen. Mit keinem einzigen Satz sind Sie darauf eingegangen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deswegen beschleicht mich das Gefühl – und ich glaube, es trügt nicht –: Die Provinzwahlen in den Niederlanden mit dem starken Abschneiden der BorerBurgerBewegung, kurz BBB, ermuntern die FDP, die alte Dame, sich hier und heute in die Brust zu werfen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist es!)

Die FDP als Retterin der Landwirtschaft und des Ländlichen – so Ihr Tagtraum. Aber das hat leider keine Tagesaktualität. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke schön. – Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Kollegin Andrieshen.

Nina Andrieshen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin diese Woche mit dem Auto in Düsseldorf, aber nicht etwa, weil ich unglaublich gerne Auto fahre und mich des fehlenden Tempolimits erfreue – da muss ich Sie enttäuschen, liebe FDP –, sondern, weil der Zug, der um 6:15 Uhr in Bocholt hätte abfahren sollen, mal wieder nicht fuhr.

Dann steht man im Halbdunkeln auf einem Bahnsteig im Münsterland und fragt sich: Was tun? – Auf den nächsten Zug warten kann ich nicht. Er kommt erst in einer Stunde und fährt auch nur bis Oberhausen, von wo es dann über Umwege nach Düsseldorf geht, sodass ich zu spät kommen würde. Mit dem Bus nach Münster und ab dort mit dem ICE zu fahren geht auch nicht, weil das ebenfalls zu lange dauert.

Weil unser einziges Auto nun in Düsseldorf ist, muss mein Mann täglich 20 km mit dem Rad zur Arbeit

fahren und müssen andere Eltern meine Kinder zum Sport oder in die Schule mitnehmen. Und ich hoffe vier Tage lang, dass nichts passiert. Denn was ist, wenn etwas passiert und jemand zum Arzt muss? Dann muss der Autoschlüssel von Oma und Opa griffbereit sein, weil der Arzt nicht zu Fuß erreichbar ist, schon gar nicht mit einem kranken Kind.

(Unruhe – Glocke)

Das ist die eine Seite der Medaille, wenn man in ländlichen Gebieten in NRW lebt.

Die andere Seite ist die gute Nachbarschaft, die man kennt. Sie nimmt die Kinder mit zum Fußballtraining und in die Schule und hilft einem in solchen Notlagen aus. Die Nachbarschaft ist aber unter anderem auch deshalb so gut, weil man sich ständig aushelfen muss. Denn jeder ausgefallene Zug, jeder verspätete Bus, jeder ungeplante Arztbesuch ist eine Herausforderung, gerade für diejenigen, die sich anders als wir kein Auto leisten können. Genau diese Menschen im ländlichen Raum dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall von der SPD)

Die Streichung der Förderprogramme durch Schwarz-Grün hat auch uns verärgert. Denn wir wissen, wie wichtig gerade das Vereinsleben und das Ehrenamt auf dem Land sind.

Ich ärgere mich aber ehrlicherweise auch, liebe FDP, ein wenig über die Art und Weise, wie Sie diese Aktuelle Stunde hier beantragen. Denn Sie schreiben zwar, Sie wollten Land und Stadt nicht gegeneinander ausspielen, aber beschreiben die ländlichen Räume als Überlaufbecken für die Wohnungsnot in größeren Städten. Das wird der Sache genauso wenig gerecht wie die mangelhafte Koordinierung aufseiten der Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Sie sprechen zum Beispiel das Thema „Wohnungen“ an und verweisen auf den hohen Leerstand in ländlichen Gebieten als Lösung. Aber längst nicht alle Gemeinden haben Leerstand. Auch dort gibt es Wohnungsnot, gerade im unteren Preissegment. Kleine Mietwohnungen, insbesondere barrierefreie, sind häufig schwer zu finden.

Das trifft zwei Gruppen ganz besonders, und zwar erstens ältere Menschen. Wenn das Autofahren nicht mehr geht und man auch nicht mehr gut zu Fuß ist oder vielleicht sogar pflegebedürftig wird, stehen viele ältere Menschen in ländlichen Gebieten vor einer Entscheidung: Bleibe ich in meinem Haus in meinem Dorf, wo ich mich auskenne? Oder ziehe ich um, vielleicht zu meiner Familie in die Stadt, zumindest dahin, wo ich Supermarkt, Arzt und Apotheke gut erreichen kann?

Gerade ältere Menschen sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Sie haben recht; die gesundheitliche Versorgung müssen wir verbessern. Kran-

kenhausschließungen werden gerade die ländlichen Kommunen betreffen. Gesundheitsangebote wie die Gesundheitslotsen oder das Modell Gemeindegeschwester^{plus} und bessere telemedizinische Angebote können helfen.

(Beifall von der SPD)

Aber auch ein attraktives Wohnumfeld kann Ärzt*innen motivieren, ihre Praxis im ländlichen Raum zu eröffnen.

Die zweite Gruppe, die dieser Wohnungsmangel besonders trifft, sind junge Menschen, insbesondere Azubis und der Fachkräftenachwuchs. Sie wollen nicht sofort ein Einfamilienhaus, sondern brauchen Zimmer, Küche, Bad. Und genau das fehlt in vielen Gemeinden: bezahlbarer und attraktiver Wohnraum für junge Menschen.

(Beifall von der SPD)

Das sagen uns auch die Kommunen und die Arbeitgeber im ländlichen Raum. Sie können es längst wirtschaftlich mit den Städten aufnehmen. Unsere Hidden Champions sitzen nicht mehr nur in Köln, Aachen und Düsseldorf, sondern auch in Menden, Sprockhövel und Alpen – noch. Denn sie kämpfen mit dem Fachkräftemangel genauso wie viele andere Firmen.

Sie haben recht; eine bessere Internetverbindung ist sicher ein Standortvorteil. Aber zum Wohnort gehört mehr als das Homeoffice.

Wir müssen Menschen die Entscheidung für ein Leben in ländlichen Regionen leichter machen. Das bedeutet, dass wir endlich Konzepte für die Lebensrealitäten vor Ort entwickeln sollten.

(Beifall von der SPD)

Es braucht familienfreundliche Arbeitsplätze und mehr Kita-Plätze. Wenn der Weg zur Kita und anschließend zur Firma zu lange dauert, fangen Familien an, zu rechnen, ob sich der ganze Aufwand überhaupt noch lohnt.

Es braucht Digitalisierung in Schulen und mehr Unterstützung bei der Verzahnung von Schule und Ausbildung.

Mittelständischen Unternehmen müssen wir bei der Anwerbung von Fachkräften zur Seite stehen.

Es braucht für junge Menschen die Stärkung insbesondere der aufsuchenden Jugendarbeit und Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Auch die Unterstützung von Vereinsstrukturen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass junge Menschen ein gutes Angebot vor Ort finden, im Erwachsenenalter in ihrer Heimat bleiben oder nach ihrer Ausbildung wiederkommen.

Ich kann in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit nur einige wenige Themen der ländlichen Räume grob anreißen. Es gibt noch viele weitere, auf die man näher eingehen müsste.

Aber ich habe mir bei dieser Gelegenheit einmal den schwarz-grünen Koalitionsvertrag angeschaut. Solide acht Zeilen haben Sie da für die ländlichen Räume verwendet.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD:
Ah! – Oh!)

Da lese ich Schlagworte wie zum Beispiel „Kulturlandschaften [...] bewahren“, „Wirtschaft stärken“, „Land- und Forstwirtschaft fördern“, „Tourismus weiterentwickeln“, „modernes Arbeiten“ usw. usf.

Das sind tolle Ziele. Nur: Wie Sie das machen wollen, haben wir bisher weder im Koalitionsvertrag gelesen noch im Ausschuss vom Landwirtschaftsministerium gehört, obwohl es federführend zuständig sein soll.

Wir wissen auch nicht, wie Sie sich untereinander absprechen. Denn das müssen Sie. Was ist mit der Digitalisierung der Schulen im ländlichen Bereich? Dafür wären Frau Scharrenbach und Frau Feller zuständig. Wie oft diskutieren Sie über die Verkehrsinfrastruktur und darüber, was das für die Krankenhausplanung und die Menschen vor Ort heißt, Herr Laumann und Herr Krischer?

(Kirsten Stich [SPD]: Keiner da!)

Wer von Ihnen hat darüber schon einmal mit Frau Gorißen gesprochen, die federführend zuständig ist?

Wir hatten die Diskussion im Umweltausschuss. Das MLV ist zuständig und sollte koordinieren. Aber bis auf LEADER, die Dorferneuerung, die Sie ja um 22 Millionen Euro gekürzt haben, und den Wegebau wurde auf die anderen Fachbereiche verwiesen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: LEADER und die Dorferneuerung binden die Kommunen ein. Das sind die Schlüsselakteure, wenn es um ländliche Räume geht.

Der Bottom-up-Ansatz darf aber nicht dazu genutzt werden, Verantwortung auf die Kommunen abzuwälzen. Das Land hat eine klare Verantwortung. Dazu bedarf es endlich einer ressortübergreifenden Planung. Diese fehlt uns bisher eindeutig.

(Beifall von der SPD)

Die ländlichen Räume sollen nicht zu Städten werden. Ihre große Stärke ist, dass sie genau das nicht sind. Sie dürfen weder nur als Überlauf für die Städte gedacht werden, noch dürfen wir in der Hoffnung, Kommune und Gemeinschaft würden das schon irgendwie regeln, sie sich selbst überlassen. Da haben die Menschen Besseres verdient. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute in einer Aktuellen Stunde unter dem Titel „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“ Meine beiden Vorredner haben es schon gesagt: Dieser Titel ist völlig falsch in einer politischen Debatte, in der wir uns fair darüber unterhalten sollten, wie ländliche Räume und städtische Räume unterstützt werden können. Diese Überschrift will spalten, Herr Rasche. Das sollte man nicht tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie sind schon lange hier im Landtag. Ich bin jetzt auch schon ein paar Jahre hier und habe die ganzen Debatten um GFG-Mittel mitbekommen. Egal, ob es eine schwarz-gelbe oder eine rot-grüne Regierung war oder jetzt die schwarz-grüne Regierung ist: Immer wieder wurden die Prioritäten ein bisschen von hier nach da verschoben. – Das liegt daran, dass es unterschiedliche Sichtweisen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gibt.

Niemandem würde ich aber unterstellen – auch Ihnen nicht –, dass man tatsächlich andere Räume zugunsten des ländlichen Raums oder zugunsten der Städte benachteiligen will. Deshalb sollten wir auf solche Überschriften verzichten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich will das Wort „Überlaufbecken“ aufgreifen, das gerade gefallen ist; das fand ich nicht schlecht. Wir haben eine gewisse Unruhe im ländlichen Raum. Ihn stört am meisten, dass er sich häufig als Verfügungsmasse empfindet,

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

auf die man zurückgreift, um bestimmte Dinge tun zu können.

Das Wertvollste, was der ländliche Raum hat, sind Grund und Boden. Der ländliche Raum hat die Fläche, auf der tatsächlich Verkehrswege gebaut werden müssen und auf der Naturschutzprojekte umgesetzt werden können. Das kann man im Zweifelsfall nur im ländlichen Raum machen.

Den Menschen ist aber wichtig, dass es immer gut begründet geschieht, wenn es denn geschieht, und dass wir immer wieder das Signal senden, dass wir nur die Fläche in Anspruch nehmen, die wirklich absolut notwendig ist, ohne darüber hinauszugehen.

Beim Rheinischen Revier kann man sich schon fragen, ob wir in der Vergangenheit eigentlich das Recht hatten, die Braunkohle dort so abzubauen, wie es geschehen ist. Denn es hätte die Alternative gegeben,

konsequent Energie einzusparen, um eben nicht solche Eingriffe vornehmen zu müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für den Kiesabbau am Niederrhein und auch für den Kalksteinabbau im Kreis Steinfurt, bei dem es um die Zementwerke geht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen sagen: Es kann doch nicht sein, dass hier immer weitergemacht wird wie seit Jahrzehnten, obwohl wir gleichzeitig wissen, dass es Möglichkeiten gibt, den Bauschutt aufzubereiten und wiederzuverwenden. – In diesem Land landet Bauschutt aber immer noch auf der Deponie. Das kann nicht sein. Es muss beendet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen, ob die großen Logistikzentren beispielsweise von Amazon, die in der jüngsten Vergangenheit entstanden sind, tatsächlich in dieser Form sein müssen. Bäuerinnen und Bauern, die diese Flächen von zig Hektar sehen, fragen sich schon, welchen Wert eigentlich ihr Ackerland hat, wenn es einfach so verbraucht werden kann.

Wir führen auch die Debatte darüber, wie viel Solarfläche im ländlichen Raum wir zulassen. Auf diese Gebäude der Logistiker gehören zuallererst Solaranlagen. Danach kann man in der Tat in die Freifläche gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich finde es schon entscheidend, wie Sie den ländlichen Raum betrachten, Herr Rasche. So, wie Sie es beantragt haben, ist das der Blick von oben herab auf den ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sagen: Wollen wir doch einmal schauen, wie wir die Menschen aus den Städten, die dort keine Wohnung mehr finden, im ländlichen Raum platziert bekommen. – Der Kollege Nolten hat Ihnen bereits gesagt, dass gerade in den Speckgürteln überhaupt nichts mehr geht. Das ist also gar nicht die große Alternative.

Die Menschen, die auf dem Land leben, leben gerne dort und denken sich etwas dabei. Die Menschen, die in unseren Großstädten leben, wollen bewusst dort leben und denken sich auch etwas dabei. Deshalb lösen wir die Wohnungsprobleme von Bonn nicht in der Eifel, sondern müssen sie schon in Bonn lösen. Anders wird es aus meiner Sicht nicht gehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie haben verlangt, dass wir das Angebot an Bildung, Kultur, Sport und Freizeit deutlich ausbauen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Herr Rasche, da sind wir bei Ihnen; das finden wir durchaus richtig. Ich sage Ihnen aber: In den 60er-Jahren war es kein Problem, einen Telefonanschluss zu bekommen, wenn Sie einen Bauernhof 10 km von der Ortslage entfernt hatten. Beim Breitbandausbau ging genau das dann aber jahrelang nicht. Es hing allein davon ab, ob es sich für das Unternehmen, das die Strippen gezogen hat, rechnet. Genau das war das Problem.

Die Bahnhöfe, die in Deutschland geschlossen wurden, und die Zigtausenden Bahnkilometer, die abgebaut wurden, sind geschlossen und abgebaut worden, weil eine Partei wie Ihre eine Privatisierungsideologie durchgesetzt hat. Das ist das Problem der ländlichen Räume.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es nach Ihnen ginge, wenn es nach der FDP ginge, würden die Züge nur noch zwischen Köln und Berlin fahren, weil sich das lohnt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Deshalb ist Ihr Engagement für den ländlichen Raum lächerlich. Das nimmt Ihnen keiner ab.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es geht um die Solidarität zwischen den städtischen und den ländlichen Räumen. Wenn wir jedoch solidarisch miteinander umgehen und Flächen erst in Anspruch nehmen, wenn es unbedingt sein muss, wenn wir den Breitbandausbau für alle Menschen in unserem Land ermöglichen, wenn wir die Grundschulen im ländlichen Raum genauso wichtig nehmen wie die Grundschulen in der Stadt, wenn wir die Menschen gleichbehandeln, habe ich keine Sorge, dass die Menschen in diesem Land sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum gut miteinander leben und ihre Zukunft gut meistern werden. Dazu hätte es Ihrer Aktuellen Stunde heute allerdings nicht bedurft, denn das schaffen die Menschen auch ohne die FDP. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht Herr Keith.

Andreas Keith^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte FDP, ich muss zugeben, dass sowohl Ihre Aktuelle Stunde als auch Ihr Antrag die volle Wucht in Tüten sind, aber nicht weil Sie so brillant wären, sondern weil Sie damit genau diejenigen Missstände im ländlichen Raum aufgreifen, die die FDP in den vergangenen fünf Jahren stets mitverwaltet, aber nie gelöst hat. Sie beantragen eine Aktuelle Stunde, weil der Ge-

meindebund auf den relativen Wohnungsleerstand im ländlichen Raum hinweist. Die AfD-Fraktion hat darauf – das wurde eben angesprochen – in Person von meinem damaligen Kollegen Roger Beckamp allerdings schon 2019 aufmerksam gemacht.

Wir beantragten damals eine Untersuchung, inwieweit Behörden und Hochschuleinrichtungen auf das Land verlagert werden können, um die Ballungsgebiete zu entlasten, wie das zum Beispiel in Dänemark der Fall ist. Ich kann mich noch sehr gut an die an den Haaren herbeigezogenen Argumente erinnern, die Sie angeführt haben, damit Sie unseren Antrag ablehnen konnten – natürlich ohne eine bessere Idee zu haben.

Ein Jahr später passierte das Gleiche. Wir beantragten unter anderem, mit den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, wie sich der Wohnungsleerstand im ländlichen Raum nutzen lässt. Auch hier gingen Sie nicht mit, obwohl Sie damals in Regierungsverantwortung standen und gute Veränderungen zumindest hätten anstoßen können. Sie waren jedoch zu sehr damit beschäftigt, die Wirtschaft und die Kultur auch im ländlichen Raum mit haarsträubenden Pandemiemaßnahmen stillzulegen und nichts, aber auch rein gar nichts gegen die unqualifizierte Massenzuwanderung in unsere Städte zu unternehmen.

Auch das kann ich Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Rasche, nicht ersparen: Mein damaliger Kollege Roger Beckamp hatte hier ebenfalls recht. Ihre Migrationspolitik, auch die der FDP, ist und bleibt ein maßgeblicher Grund dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen diese Wohnungsknappheit haben.

(Beifall von der AfD)

Beim Lesen Ihres Antrags hat man das Gefühl, die FDP hätte in ihren Regierungsjahren Gardinen ausgesucht. Sie wollen den ländlichen Raum stärken. Das hätten Sie bereits in der vorigen Legislatur umsetzen können, wenn Sie unserem Antrag auf Senkung der Grunderwerbsteuer zugestimmt hätten. Stattdessen haben Sie damals allerdings mit verhindert, ländliche Regionen für junge Familien attraktiver zu machen. Selbst der Breitbandausbau, für den sich die FDP immer wieder ausgiebig lobt, ist in vielen ländlichen Gebieten bis heute komplett verschlafen worden.

Heute sprechen Sie von verpassten Chancen, abgehängten Regionen und sogar von maroden Schwimmbädern überall in Nordrhein-Westfalen. Liebe FDP, einen schönen guten Morgen, toll, dass Sie jetzt auch einmal wach geworden sind.

Wir haben auf den milliarden schweren Sanierungstau bei Sportanlagen, auf das Schwimmbadsterben vor allem auf dem Land, auf immer weniger Kinder, die schwimmen lernen und regelmäßig Sport treiben, auf das Personal, das aufgrund der miesen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in andere Berufe ab-

gewandert ist, immer wieder hingewiesen. Sie sprechen also ein wichtiges Thema an. Der Sport und das Ehrenamt spielen auf dem Land eine herausragende Rolle. Das ist aber nicht neu.

Ebenso wenig neu sind die Herausforderungen. Es sind Herausforderungen wie die Verkehrsanbindung, der Ärzte- und Lehrermangel oder die Überalterung, die den Mangel im Ehrenamt verstärkt. Aber was passiert, wenn keine Ehrenamtler mehr da sind, die das Dorfleben aufrechterhalten? Was passiert, wenn der Supermarkt, der Arzt oder die Sportstätte kilometerweit entfernt und mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer zu erreichen ist? Was passiert, wenn das Internet so langsam ist wie die Landesregierung bei der Umsetzung von erfolgreichen Maßnahmen? Die Menschen ziehen weg in die Städte und heizen dort den ohnehin schon überhitzten Wohnungsmarkt weiter an.

Besonders die freiwilligen Feuerwehren auf dem Land haben massiv mit der Überalterung und dem daraus resultierenden Personalmangel zu kämpfen. Was können wir also tun, um die Attraktivität des Ehrenamts zu steigern? Die AfD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen fordert die Anhebung des Ehrenamtsamtsfreibetrags, zusätzliche Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten und die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen als berufliche Qualifikation.

Apropos Ehrenamt: Alle hier versammelten Fraktionen haben unseren Antrag zur Förderung des Feuerwehrenehrens erst im November abgelehnt. Jetzt stellt sich die FDP aber allen Ernstes hin und spricht scheinheilig davon, endlich etwas für die freiwilligen Feuerwehren zu tun. Wir fragen: Was denn eigentlich? Ihr Antrag beschränkt sich allein auf die Forderung, zwei von Schwarz-Grün eingestampfte Förderprogramme fortzusetzen. Das ist gut, aber nicht gut genug.

Meine Damen und Herren, die Feuerwehren brauchen neben gutem Personal eine Ausstattung mit modernster Technik. Ohne eine geeignete Ausrüstung lassen sich weder Brände noch Fluten aufhalten. Das wurde während der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 mehr als deutlich.

Wir sind gespannt, ob Sie im Ausschuss konkretere Vorschläge zur Lösung der genannten Probleme im ländlichen Raum haben. Große Hoffnungen haben wir allerdings nicht. Der Überweisung des Antrags stimmen wir aber selbstverständlich gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Keith. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gorißen.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die ländlichen Räume haben für Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Bedeutung. Dort schlägt das Herz des Mittelstands, der das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft darstellt. Dort sind unsere Dörfer, unsere Orte, unsere kreisangehörigen Gemeinden. Sie bieten mehr als einem Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes Nordrhein-Westfalen einen wertvollen Lebens- und Arbeitsraum.

Die Stärkung unserer Dörfer ist erklärtes Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Wir als schwarz-grüne Landesregierung unterstützen die ländlichen Räume mit voller Kraft. Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein und werden ein modernes Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum ermöglichen. Mit der notwendigen digitalen Infrastruktur, dem Internetempfang, einem flächendeckenden 5G-Ausbau, bei dem wir in den vergangenen Monaten weiter ordentlich vorangekommen sind, aber auch mit einem funktionierenden, gut ausgebauten Verkehrsnetz wollen wir dies sicherstellen.

Wirtschaftswege sind elementar, um den ländlichen Raum zu erschließen und Erreichbarkeiten zu sichern. Aus diesem Grund hat das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz aktuell zum Beispiel 34 Förderanträge von Kommunen über insgesamt 11 Millionen Euro für die Modernisierung von Wirtschaftswegen im ländlichen Raum bewilligt. Damit können insgesamt viele Wirtschaftswege modernisiert werden, die nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch von den Menschen für tägliche Wege, Freizeit, Erholung, Tourismus, aber auch den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden können.

Die Herausforderungen für die ländlichen Räume sind vielfältig. Wir reden da unter anderem auch über den demografischen Wandel, die Sicherstellung der Nahversorgung und die Gesundheitsversorgung. Bei Letzterer hat sich bereits viel getan. Die 2018 in Nordrhein-Westfalen eingeführte Landarztquote sorgt für Nachwuchsärztinnen und -ärzte im ländlichen Raum. Rund 180 Studienplätze jährlich werden in Nordrhein-Westfalen nur für diesen Zweck vergeben. 2025 werden die ersten Studierenden ihr Studium abschließen – ein Erfolgsbeispiel made in NRW.

Darüber hinaus bietet mein Haus weitere konkrete Angebote an, die explizit die ländlichen Regionen adressieren, diese entwickeln und kontinuierlich stärken. Derzeit führt das MLV die bisher getrennten Förderansätze der Strukturentwicklung ländlicher Räume und der Dorferneuerung zu einem einheitlichen Förderangebot zusammen, um so Synergien bei der Unterstützung der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Dabei setzen wir Prioritäten, um im Zusammenspiel mit den fachspezifi-

schen Förderangeboten anderer Ressorts insgesamt ein attraktives und auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums zugeschnittenes Förderangebot anzubieten.

Die Richtlinie zur Förderung der Struktur- und Dorfentwicklung konzentriert sich künftig auf die Kernthemen der integrierten ländlichen Entwicklung. Sie sieht zwar keine Förderung von Feuerwehrhäusern und klassischen, oft DIN-gerechten Vereinssportstätten vor, gefördert werden aber unter anderem soziale, wirtschaftliche und verkehrliche Infrastrukturen im Dorf – zum Beispiel Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrfunktionshäuser, Dorfläden, stationäre und mobile Grund- und Nahversorgungsangebote, Freizeit- und Naherholungseinrichtungen, Umnutzung von land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz sowie digitale Anwendungen.

Des Weiteren leistet das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ der Staatskanzlei einen wesentlichen Beitrag, um im ländlichen Raum flächendeckend und wohnortnah modernste Sportanlagen und Bewegungsräume zu schaffen. Allein aus diesem Programm fließen in der aktuellen Förderperiode seit 2019 rund 185 Millionen Euro in die kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung umfasst ferner für jedermann frei zugängliche Bewegungsräume mit hoher Aufenthaltsqualität und überwiegend lokalem oder regionalem Bezug. Konkret können im Bereich „Sport“ zum Beispiel öffentlich zugängliche Soccerfelder, Skaterrampen, Bouleanlagen etc. als Freizeitinfrastrukturen gefördert werden.

(Beifall von der CDU)

Den Bedarf an Unterstützung der Kommunen sowohl bei der Erhaltung der Infrastruktur des Brand- und Katastrophenschutzes als auch bei der Förderung von Sportstätten kann ich gut nachvollziehen. Allerdings erfolgte die Förderung der Feuerwehrhäuser durch das MHKBG in der Vergangenheit bewusst im Rahmen eines Sonderaufrufs, der parallel zu den Fördergrundsätzen der Dorferneuerung veröffentlicht wurde. Hierbei handelte es sich um eine befristete Anreizförderung. Finanzielle Spielräume für solche thematischen Sonderaufrufe bestehen derzeit allerdings nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch wenn aufgrund der Rahmenbedingungen deshalb eine Prioritätensetzung geboten ist, wird das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung zukünftig eine feste Größe für die ländlichen Räume darstellen, auf die sich die ländlichen Räume bei uns verlassen können.

Die etablierte LEADER-Förderung stellt mit ihrem flexiblen und bürgerschaftlichen Förderansatz einen weiteren Förderschwerpunkt der ländlichen Räume dar. Ich freue mich sehr, dass seit Jahresbeginn ins-

gesamt 45 Regionen von diesem attraktiven und auf die örtlichen Bedarfe zugeschnittenen Förderangebot profitieren können.

Darüber hinaus werden diese Förderangebote sowohl durch Angebote des Zentrums für Ländliche Entwicklung zur Information und Vernetzung als auch durch den Dorfwettbewerb auf Landesebene flankiert, um ehrenamtliches Engagement sichtbar zu machen.

Ich darf es noch einmal ganz deutlich sagen: Der ländliche Raum und die Weiterentwicklung sind ein fester Bestandteil der Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD spricht nun die Abgeordnete Frau Durdu.

Tülay Durdu^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Ich komme aus dem Bergischen und lebe in Rösrath, bin also ein Teil des sogenannten ländlichen Raums. Insofern freue ich mich, dass wir heute die Zukunft und Entwicklung der ländlichen Gebiete in NRW diskutieren.

Das ist auch nötig, denn dort lebt immerhin ein Drittel der Bevölkerung. Es ist auch unbestreitbar, dass das Land vor ganz eigenen Herausforderungen steht. Bei uns auf dem Land lebt es sich eben anders als in der Stadt. Unbestritten ist aber auch, dass Stadt und Land in einem engen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Wer also erfolgreich zur Gestaltung des ländlichen Raums beitragen will, muss die Besonderheiten des Landes ebenso ernst nehmen, wie die Wechselwirkungen mit der Stadt. Beides gelingt der derzeitigen schwarz-grünen Landesregierung nicht.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Es ist aber auch falsch – meine Kollegin Frau Andrieshen hat schon darauf hingewiesen –, den ländlichen Raum einfach als Lösungsraum für die städtischen Probleme zu begreifen. Das ist er nämlich nicht, das kann er und muss er auch nicht sein. Das Land kann und wird die Wohnungsnot in den Städten nicht beheben, denn erstens ist der Leerstand in den Dörfern Nordrhein-Westfalens zu großen Teilen ein Mythos, auch der ländliche Raum kennt Wohnungsnot, und zweitens passt dieser Leerstand von Wohnraum, wo er besteht, entweder nicht auf den Bedarf, oder es liegt an ganz anderen Problemen, etwa an fehlenden Arbeitsplätzen oder mangelnder Infrastruktur. Denn das ist doch das, was fehlt: Bahnanschlüsse, Schulen, Kitas und Ärzte. Wenn das fehlt, ziehen junge Leute weg. Wenn das fehlt, ziehen junge Familien auch nicht mehr dahin, denn Wohnraum allein bietet

noch keine Perspektive. Doch genau darum geht es: Es geht um Perspektiven im und für den ländlichen Raum und nicht allein um die Wohnungsnot in den Städten.

(Beifall von der SPD)

Eine starke ländliche Wirtschaft und lebendige Dörfer und Kommunen sind laut Koalitionsvertrag erklärtes Ziel der Landesregierung. Da stimme ich sofort zu. Nur habe ich leider wenig Anlass, diesen Versprechen Glauben zu schenken. Denn Sie, sehr geehrte Kollegen von der grünen und der schwarzen Fraktion, streichen die Förderung von Sportstätten aus dem Dorferneuerungsprogramm und stampfen die Förderung für dringend benötigte Feuerwehrgerätehäuser ein; und das in einer Zeit, die noch von der Coronakrise geprägt ist und ganz im Zeichen des fortdauernden russischen Angriffs auf die Ukraine steht und in der die gesamte Gesellschaft unter erheblichem wirtschaftlichen Druck steht.

Über die Streichung des Sports aus der Dorferneuerung haben wir schon im vergangenen Sportausschuss am 14. März diskutiert. Wir wollten wissen, warum diese Streichung erfolgt. Verstanden hat es wohl da schon niemand, obwohl wir mehrfach nachgefragt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Die Förderung der Sportstätten in der Dorferneuerung ist hervorragend gelaufen, eine echte Erfolgsgeschichte. In den vergangenen vier Jahren wurden 31 Millionen Euro für die Dorferneuerung und davon ganze 22 Millionen Euro für die Sportstätten abgerufen. 22 Millionen Euro – das ist ein erheblicher Anteil. Dieser Anteil belegt doch, wie groß der Bedarf für die Unterstützung des Sports in unseren Dörfern ist. Trotz dieses großen Bedarfs wird der Sport aus der Förderung herausgenommen.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wem wollen Sie das eigentlich erklären, Herr Dr. Nolten?

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Thomas Schnelle [CDU])

Ich verstehe es auf jeden Fall nicht.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Jetzt spreche ich, und Sie hören zu und lachen sich selber aus.

(Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP] – Zurufe von der CDU: Oh!)

Gleiches gilt für das Sonderprogramm zur Förderung der Feuerwehrgerätehäuser. Ich muss keinem hier erklären, wie wichtig die freiwillige Feuerwehr auf dem Land ist. Die meisten werden auch wissen, dass die Feuerwehr jede Hilfe gebrauchen kann, denn es

fehlt auch da an allen Ecken und Enden. Es fehlt an Nachwuchs, an Ausstattung und an Wertschätzung.

Wie kopflos das alles wirkt, sieht man auch daran, dass Minister Reul erst kürzlich vor den Delegierten der Landkreisversammlung des Landkreistags versichert hat, dass der Katastrophenschutz im ländlichen Raum gestärkt werden solle. Das ist auch gut so. Nur dann, in Gottes Namen, kürzen Sie doch nicht ausgerechnet bei der freiwilligen Feuerwehr.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Lebendige Dörfer gibt es nur durch lebendiges Ehrenamt. Gerade im ländlichen Raum spielt das Ehrenamt eine besondere, eine herausragende Rolle. Das ist ja auch klar, wenn wir uns vor Augen führen, was den ländlichen Raum als solchen natürlicherweise ausmacht, nämlich eine geringere Bevölkerungsdichte und eine geringere Dichte an Angeboten und Dienstleistungen. Auf dem Land wird die Daseinsvorsorge deshalb ganz grundlegend auch vom freiwilligen Engagement der Dorfgemeinschaften getragen. Hier gilt mein Dank natürlich allen Ehrenamtlern dieser Welt, dieser Nation und des Landes NRW.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Uns ist bewusst: Der Staat allein kann das nicht ersetzen. Das wissen Sie doch auch. Also legen Sie dem Ehrenamt doch bitte keine Steine in den Weg, sondern machen ihm endlich den Weg frei.

Mit dem schönen Motto „Stadt und Land – Hand in Hand“ hat Ministerin Scharrenbach bereits 2017 ihre Politik für den ländlichen Raum betitelt. Das bis heute sichtbarste Ergebnis sind die Heimatförderprogramme – sicherlich nicht der schlechteste Einfall der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Aber ein Heimatprogramm ersetzt noch lange keine Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums. Es schafft keine Infrastruktur, es schafft keine Breitbandanbindung und holt keine Ärzte auf das Land. All das brauchen wir aber für eine starke ländliche Wirtschaft und lebendige Dörfer.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Nur so schaffen wir doch Perspektiven für den ländlichen Raum. Wenn wir das nicht schaffen – in dieser Sache gebe ich den Kolleginnen und Kollegen der FDP gerne recht –, ziehen die Leute weiter in die Städte. Wichtiger als die Mietpreise ist nun einmal die wirtschaftliche Perspektive; wo sie fehlt, fehlen auch bald die Menschen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich komme zum Schluss: „Stadt und Land – Hand in Hand“ – das ist ein gutes Ziel.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Meckern Sie weiter. – Aber ich frage die schwarz-grüne Landesregierung: Wo sind Ihre Lösungen?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist einfach falsch! – Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Wo sind Ihre Ideen? Wann handeln Sie endlich? – Danke schön für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Wolters.

Stephan Wolters (CDU): Ich hoffe, dass ich eine angemessene Lautstärke hinkriege. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU ist und bleibt die Partei, die ländliche und urbane Räume zusammen denkt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, den ländlichen Raum zu stärken und zu fördern. Auch in dieser Legislaturperiode ist es unser Ziel, attraktive und lebenswerte Dörfer zu schaffen und zu erhalten, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und deren Struktur und Dorfentwicklung auch gezielt gefördert wird.

Wir begrüßen daher grundsätzlich den Antrag der FDP, um den ländlichen Raum zu thematisieren. Wie so oft mangelt es Ihrem Antrag jedoch an einer klaren Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Förderprogrammen und den Sonderaufträgen sowie an einer realistischen und effektiven Bewertung.

Lassen Sie mich folgende Punkte klarstellen: Dank des Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2022“ konnten Sportvereine in Nordrhein-Westfalen mit 185 Millionen Euro unterstützt werden. Das ist wirklich eine Hausnummer.

(Beifall von der CDU)

Die daraus resultierenden Fortschritte werden in diesem Jahr evaluiert, um dann eventuell 2024 eine bedarfsorientierte und zielgerichtete Förderung von Sportstätten aufzubauen. All dies ist – wie Sie wissen, gerade an die FDP gerichtet – eine Frage von Haushaltsmitteln. Dass der Bund seine anteilige Finanzierung in 2022 eingestellt hat, ist nun wirklich mehr als bedauerlich.

(Beifall von der CDU)

Denn mit der abrupten Beendigung des Investitionspakts Sportstätten des Bundes steht das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ vor erheblichem Finanzierungsbedarf, obwohl bereits die Verlängerung diskutiert wurde.

Durch die Streichung der Mittel im Bundeshaushalt fehlt den Bundesländern ein wesentlicher Finanzierungsbaustein. Für das Jahr 2024 sind jetzt noch 121 Millionen Euro eingeplant, um das Förderprogramm 2021 und 2022 auszufinanzieren.

Im Jahr 2022 wurden in Nordrhein-Westfalen 66 Projekte mit 50 Millionen Euro umgesetzt. Ich möchte darauf verweisen, dass unsere Landesregierung zusätzlich die Modernisierung und Erstellung öffentlicher Begegnungsstätten aus den Finanzmitteln des EFRE-Programms „Nordrhein-Westfalen 2021-2027“ im Programmbereich „Lebenswertes Nordrhein-Westfalen“ fördert. Das dient unter anderem dem Zweck der Begegnung, der kulturellen und sozialen Versorgung sowie dem des Sports. Damit wird der ländliche Raum auch gestärkt.

(Beifall von der CDU)

Wir schaffen eine klare Abgrenzung zu anderen Förderangeboten und vermeiden letzten Endes ineffiziente parallele Förderstrukturen.

Ich möchte auch kurz auf dem Bereich der Dorferneuerung eingehen: Im Juli 2022 ist das Aufgabengebiet „Dorferneuerung“ vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz übergegangen. Zur Förderung der Strukturentwicklung ländlicher Räume gibt es den Förderbereich „Integrierte ländliche Entwicklung“ der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, also GAK. Seitens des MLV war bereits ein Förderangebot mit ähnlichen Zielsetzungen und letztlich auch der gleichen Rechtsgrundlage vorhanden.

Vor diesem Hintergrund sollen die getrennten Förderansätze „Strukturentwicklung ländlicher Räume“ und „Dorferneuerung“ zu einem einheitlichen Förderangebot zusammengeführt werden, um im Sinne der Effizienz entstehende Synergieeffekte nutzen zu können.

Das zukünftige Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung konzentriert sich auf die Schaffung, Erhaltung, Verbesserung und den Ausbau von Freizeit- und Naherholungseinrichtungen. Attraktive Dorfkerne bleiben somit ein wichtiger Bestandteil der Förderstrategie des Landes für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter Dörfer und Orte in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens.

Wenn man einmal überlegt, woher dieser Förderbaustein kommt, dann können wir zu Recht stolz darauf sein.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich auch mit ein paar wenigen Worten auf die Förderung der Feuerwehrhäuser eingehen: Es war die Regierungskoalition von CDU und FDP, die 2021 und 2022 – zusätzlich und bewusst thematisch

abgegrenzt von den vorgenannten regulären Förderangeboten der Struktur- und Dorfentwicklung – zeitlich begrenzte Sonderaufufe zur Förderung von Feuerwehrhäusern aufgelegt hat.

(Zuruf: So ist es!)

Dass dies von Beginn an befristete Anreizprogramme waren, sollte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, eigentlich besonders klar sein.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zudem möchte ich anmerken, dass der in Ihrem Antrag angesprochene Katastrophenschutz überhaupt nicht zu den definierten Fördergegenständen innerhalb der GAK gehört. Dieser liegt in der fachlichen Zuständigkeit vielmehr beim Ministerium des Innern.

Aufgrund der Absenkung des Haushaltsniveaus auf 28 Millionen Euro für 2023

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

müssen wir uns auf die Konzentration eines attraktiven Förderangebots im Bereich der Kernthemen integrierter ländlicher Entwicklung fokussieren.

Die Möglichkeit, thematisch abgegrenzte Sonderaufufe finanziell umzusetzen, besteht momentan leider nicht. Wenn die Verfügbarkeit von Mitteln im Bereich der Landesförderung für Dorferneuerung in Zukunft jedoch deutlich über das Niveau von 2023 hinausgehen sollte, müsste die Durchführbarkeit solcher fokussierten Sonderaufufe erneut überprüft werden.

Meine Damen und Herren, die CDU ist auch weiterhin verlässlicher Partner für die Entwicklung ländlicher Räume. Auch wenn aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen eine Prioritätensetzung absolut geboten ist, wird das Förderangebot der Struktur- und Dorfentwicklung auch zukünftig dazu beitragen, den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken.

Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Dr. Robin Korte [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Rasche.

Christof Rasche³⁾ (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zahlreiche Mitglieder von Feuerwehren und Sportvereinen werden die heutige Debatte verfolgen. Glauben Sie mir: Sie werden ihren Kopf schütteln, weil sie das einfach nicht verstehen.

(Beifall von der FDP)

Ich will es einmal an einer bemerkenswerten Sitzung des Sportausschusses am 13. März deutlich machen. Das ist noch nicht lange her. Ich habe dort gefragt: Warum sollen die Mittel für den Sport in diesem Strukturprogramm gekürzt bzw. gestoppt werden? Es war ein Vertreter aus dem Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz da. Die Antwort lautete: Die Nachfrage ist zu groß. – Ich habe darauf geantwortet: Wie absurd ist das denn?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Abschaffung eines Fördertatbestandes wird damit begründet, dass die Nachfrage und damit der Bedarf zu groß ist? Das war live im Sportausschuss am 13. März. Auch in der CDU-Fraktion im Ausschuss habe ich großes Kopfschütteln gesehen. Es gab viele, viele Nachfragen, und es baute sich ein gewisser Druck bei der CDU auf.

Plötzlich sagte der Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, so habe ich das nicht gesagt. Nur die Höchstsumme bei dem Fördertatbestand – bisher 500.000 Euro – wird reduziert auf 250.000 Euro. – Es ging ein Raunen durch den Ausschuss. Die Vertreter des Landessportbunds waren auch da. Alle waren heilfroh: Mensch, das wird doch nicht auf null gestellt. Wir können weiterhin auf diese Koalition bauen. Auch für den Sport wird in Nordrhein-Westfalen, gerade in den ländlichen Regionen, etwas getan. – Ein Aufatmen!

Die Staatskanzlei hat dieser Aussage des Ministeriums nicht widersprochen. Ich habe immer das Gefühl, die Staatskanzlei hat alles im Griff und weiß genau, was läuft.

Als wir aus diesem Ausschuss heraus auf den Flur gingen, waren die Vertreter des Landessportbunds, angefangen beim Präsidenten und beim Hauptgeschäftsführer, heilfroh, dass hier nicht ein gutes Programm auf null gefahren wird.

Einen Tag später, am 14. März, war die Ministerin Gorißen in einer Sitzung des Umweltausschusses selbst anwesend und hat klipp und klar gesagt: Das ist falsch. Die Förderung für Feuerwehrgerätehäuser und für den Sport wird in diesem Programm auf null gesetzt.

Das ist auch das gute Recht einer Koalition, und so wurde es auch gerade von der Ministerin dargestellt. Sie hat von neuen Prioritäten und neuen Kernthemen gesprochen. Das haben wir wahrgenommen. Da spielt dann eben der Sport keine Rolle mehr, und die Feuerwehren spielen auch keine Rolle mehr. Das ist doch die Antwort an das große Ehrenamt, das in diesem Bereich tätig ist!

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich sage Ihnen: Diese Priorität ist falsch. Das wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen so nicht. Ich

habe eben beim Thema „Feuerwehren“ deutlich gemacht: Ja, das Programm von CDU und FDP war zeitlich begrenzt. Ich habe eben aber auch schon gesagt, dass es eine klare Absprache gibt: Wenn die Nachfrage groß ist, werden wir es nicht nur fortsetzen, sondern die Summe erhöhen. Und der Bedarf ist ja da.

Eindeutig werden der Städte- und Gemeindebund und der Landessportbund sich weiterhin für eine Korrektur der Politik dieser Koalition einsetzen. Die FDP wird dabei ein verlässlicher Partner sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Korte.

Dr. Robin Korte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP, lieber Herr Rasche, Sie machen es sich hier als Opposition wirklich wahnsinnig leicht, und zwar in zweifacher Hinsicht.

Zum einen tun Sie dies schon bei der Auswahl und Themensetzung Ihrer Aktuellen Stunde. Sie haben offensichtlich – wahrscheinlich abends beim Bier – einmal die Presseschau des Städte- und Gemeindebundes gescreent, dann schnell ein paar Zitate von Herrn Sommer zusammenkopiert, in Antragsform gegossen und eingereicht. Eigene Ideen, eigene Leistungen? Fehlanzeige bei dieser Aktuellen Stunde!

(Beifall von den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Aus welchem Dorf kommen Sie denn? – Christof Rasche [FDP]: Ihre Reden werden wir verschicken, die Feuerwehren werden sich freuen!)

Zweitens inhaltlich: Als Opposition ist es natürlich immer der leichte Weg, mehr Geld und noch mehr Förderprogramme zu fordern, um das eigene, scheinbar so große Herz für die Feuerwehr zu zeigen. Sie müssen sich da aber offensichtlich auch an Ihre eigene Nase fassen. Sie waren mit an der Regierung, als das Programm – ich zitiere den Titel – „Feuerwehnhäuser in Dörfern 2022“ aufgelegt wurde. Der Name sagt es schon: für das Jahr 2022. Die Befristung ist schon im Namen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Trotzdem kann man es fortsetzen!)

Ich gehe davon aus, dass Sie und Ihre Fraktion sich das damals gut überlegt haben.

(Weitere Zurufe von der FDP)

Jetzt aber nachträglich als Opposition auf die Idee zu kommen, dass man ein Programm, das bewusst einmalig angelegt war, eigentlich verstetigen wollte, ist scheinheilig, auch wenn Sie in Ihrem Antrag irreführenderweise von einem etablierten Programm sprechen. Das ist als Forderung sehr billig zu haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

Auch Ihre Behauptung, wir würden die Kommunen im ländlichen Raum beim Sport im Stich lassen, ist einfach falsch. Frau Ministerin Gorißen hat es eben gesagt. Es ist auch im Koalitionsvertrag nachzulesen, dass wir das Programm „Moderne Sportstätte“, aus dem auch jetzt noch Geld fließt, evaluieren und dann über ein Förderprogramm für die Sportstätten der Kommunen und seine Fortsetzung entscheiden werden.

Ihre mal eben so zusammengeflickschusterten Anträge wären daher eigentlich nicht der Rede wert.

(Dr. Ralf Nolten [CDU] geht zum Platz von Christof Rasche [FDP] und spricht mit ihm.)

Trotzdem kann ich die Aufregung von Herrn Nolten absolut verstehen, auch wenn Sie sich gerade offensichtlich wieder verbrüdern. Es fängt schon mit dem Titel der Aktuellen Stunde an: „Städtische und ländliche Räume nicht länger gegeneinander ausspielen!“ Wo soll diese Landesregierung das denn bisher gemacht haben? Dazu fällt Ihnen nach wie vor nichts ein.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in allen Teilen unseres Landes – ob Stadt, ob Land; von Köln über Kamen bis zum Kreis Kleve – ist und bleibt zentrales Ziel dieser Koalition, dieser Zusammenarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum ruhen sich diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auch nicht aus, sondern arbeiten gemeinsam mit und im Sinne der Kommunen an Lösungen: durch den Einsatz für eine Altschuldenlösung für die von hoher Schulden- und Zinssatz betroffenen Städte und Gemeinden – darunter auch viele im ländlichen Raum –, die substanzielle Entlastung bringt, durch eine Entlastung der Kommunen anhand vieler kurzfristig helfende Programme im Rahmen des Sondervermögens „Krisenbewältigung“, durch den Einsatz für eine nachhaltige und für alle leistbare Mobilität in Stadt und Land, zum Beispiel durch Anbindung aller Kommunen über 20.000 Einwohner*innen ans Schnellbusnetz und preiswerte Tarife im Nahverkehr.

(Carsten Löcker [SPD]: Das ist Realitätsverweigerung!)

Ich bin an der Stelle Minister Oliver Krischer sehr dankbar, dass er bis zum Ende Druck gemacht hat

und maßgeblich mit dafür gesorgt hat, dass das 49-Euro-Ticket kommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir arbeiten auch gemeinsam mit den Kommunen – das ist ein Punkt, den auch Sie ansprechen – für eine Digitalisierung im ganzen Land und das ambitionierte Ziel, im Laufe dieses Jahrzehnts ein flächendeckendes Glasfasernetz und ein flächendeckendes 5G-Netz in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Bleiben wir kurz noch beim Thema Digitalisierung. Da zeigt sich einmal mehr, wie scheinheilig Ihre Aktuelle Stunde eigentlich ist. Sie schreiben, liebe FDP, dass Homeoffice eine echte Alternative für den ländlichen Raum sein soll. Aber war es nicht gerade die FDP, die sich auf Bundesebene gegen ein Recht auf Homeoffice und damit gegen einen guten Vorstoß von Bundesarbeitsminister Heil ausgesprochen hat und die das Vorhaben am Ende sogar verhindert hat? Ja, das waren Sie, das war Ihre Partei, Herr Rasche.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun noch einmal zum aktuellen zentralen Thema dieses Antrags: dem Wohnen. Ja, die Wohnungsnot ist groß, und der Wohnungsdruck betrifft nicht nur, aber insbesondere die großen Städte. Hierfür braucht es Lösungen, gar keine Frage.

Sie aber präsentieren uns hier eine Scheinlösung, liebe FDP. Denn der Wohnungsmarkt ist längst auch im Umland, in den Umlandgemeinden der großen Städte angespannt. Die Menschen ziehen längst aus den großen Städten ins Umland. Das bedeutet keineswegs nur eitel Sonnenschein, sondern schafft dort auch Schwierigkeiten und Probleme: immer mehr Verkehr, mehr Bedarf an Bauland, mehr Bedarf an Kitas und Schulen. Es ist keineswegs so einfach, wie Sie die Sache darstellen, dass sich der ländliche Raum quasi bereitwillig als Suburbanisierungszone – das sind offensichtlich Ihre Fantasien; so klingt zumindest Ihr Antrag – für die Großstädte hergibt.

Zur Linderung der Wohnungsnot brauchen wir hingegen klügere, differenziertere Lösungen auch in den Städten; eine effizientere urbane Stadtentwicklung. Wohnen muss in Stadt und Land bezahlbar sein. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen dafür. Sie stehen für einen starken Mieter*innenschutz und dafür, dass mehr Geld in die öffentliche Wohnraumförderung fließt, weil man gerade auch in unseren Städten Verdrängungsprozessen begegnen und entgegenwirken muss.

Genau das sind die Instrumente, die in den Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt helfen und die auch das Umland entlasten, die Sie aber, liebe FDP, nicht mit der Kneifzange anfassen würden, weil es ja politisch viel einfacher ist, das Umland zu zersiedeln, als in eine zeitgemäße Städtebau- und Mieter*innenschutzpolitik zu investieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Letztlich sind es wohl eher Sie, die mit dieser Aktuellen Stunde den ländlichen Raum und die Städte gegeneinander ausspielen wollen, indem Sie hier die alte Mär vom benachteiligten ländlichen Raum, den man nur mit maximal viel Neubau aufpumpen muss, bis er genauso geworden ist wie die Städte, aufleben lassen und politisch ausschachten wollen. Ich finde das nicht kreativ, ich finde das nicht zeitgemäß. Erarbeiten Sie doch lieber Lösungen mit uns, anstatt mit derart platten Anträgen politische und siedlungsstrukturelle Geländegewinne machen zu wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Korte. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Clemens.

Carlo Clemens (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die von der FDP beantragte Aktuelle Stunde zum Verhältnis von Stadt und Land in unserem Heimatland NRW greift ein Thema auf, das in verschiedenen Fachressorts grundsätzlich ein Überthema sein sollte. Es geht um die als Staatsziel im Grundgesetz in Art. 72 und Art. 106 verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse in unserem Land, also um die gleichmäßige Entwicklung aller Teilräume, vor allem bezogen auf Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten.

Im Raumordnungsgesetz heißt es in § 2 Abs. 2 Nr.1 – ich zitiere –:

„Im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben.“

Genau darüber, inwieweit wir solche ausgeglichenen Verhältnisse in NRW haben oder nicht, müssen wir auf der Grundlage regionaler Strukturkennzahlen sprechen. Daran muss die Opposition die Regierung immer wieder messen.

Der in Ihrer Antragsbegründung hergestellte Zusammenhang mit der Wohnungsnot in den Metropolen ist allerdings entbehrlich. Er wirkt konstruiert und lenkt durch die von Ihnen vorgenommene funktionale Degradierung der ländlichen Räume vom Eigenwert gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Menschen ab. Sie erwecken damit falsche Hoffnungen.

Ich habe mich allerdings schon gewundert, dass Sie sich in diesem Zusammenhang nicht auf die breit rezipierten Äußerungen der Bundesbauministerin gegen-

über den Zeitungen der FUNKE Mediengruppe bezogen haben.

Wie dem auch sei: Die Idee, Menschen durch bessere Lebensbedingungen im ländlichen Raum zum Umzug aus mit der Wohnungsnot überforderten Städten zu bewegen, klingt zunächst plausibel, aber wir haben fundamentale Zweifel an Ihrer Analyse.

Es fängt mit den genannten Zahlen an. Laut dem Forschungsinstitut empirica stehen in ganz Deutschland aktuell nur 600.000 leerstehende Wohnungen dem Markt tatsächlich zur Verfügung, davon nur 400.000 außerhalb der Städte mit ihrem Umland. Das entspricht nur 1 % des gesamten Wohnungsbestandes. Die restliche Leerstandsreserve müsste erst einmal aufwendig saniert werden.

In NRW dürfte die Zahl der leerstehenden und bezugsbereiten Wohnungen bei unter 100.000 liegen. Und auch diese höchstens 100.000 Wohnungen kann man nicht so einfach aktivieren, denn leider ist NRW nicht von einer räumlichen Konvergenz, also einer allmählichen Annäherung, sondern vielmehr von einer zunehmenden räumlichen Polarisierung geprägt. Das betrifft unter anderem die Demografie, die Arbeitsmärkte, die Einkommen, die soziale Lage, die Bildungschancen und die Versorgung mit harter und weicher Infrastruktur.

Was in Jahrzehnten versäumt wurde, auch unter Ihrer Regierungsbeteiligung in Bund und Land, soll jetzt unter dem Druck der Wohnungsmarktverhältnisse quasi über Nacht nachgeholt werden. Jetzt entdecken Sie auf einmal das Land als eine Art Überlaufräum der Metropolen. Das ist aber eine falsche Vorstellung, die Ihnen die Bürger auch nicht abkaufen werden, genauso wenig wie Ihre neue, wenig glaubwürdige Rolle als Anwalt des ländlichen Raums.

Sie verbreiten auch völlig übertriebene Hoffnungen im Hinblick auf die Potenziale der Telearbeit. Als ob jeder die ganze Woche über im dörflichen Homeofficeidyll arbeiten könnte, wenn wir tatsächlich flächendeckend Glasfaseranschlüsse hätten! Tatsächlich sind die Pendelzeiten in die Zentren nur für wenige Arbeitnehmer nebensächlich.

Die reine Homeofficearbeit ist wegen ihrer Auswirkungen auf die Betriebsgemeinschaft und die Arbeitsproduktivität für viele Branchen allerdings nicht geeignet. Ein Heizungsbaumeister kann die weltklimarettenden Wärmepumpen schlecht virtuell einbauen, ganz abgesehen davon, dass wir das schnelle Internet noch immer nicht bis zur letzten Milchkanne gebracht haben.

Ende 2021 hatten nur 7 % der deutschen Haushalte einen Glasfaseranschluss. Die OECD-Länder kommen hier im Durchschnitt auf 35 %, Spanien sogar auf 80 %. Und leider liegen die wenigen schnellen

Leitungen, wie Sie sich natürlich denken können, eher in den Metropolräumen als in der Provinz.

Angesichts solcher Defizite erfordert die Aufwertung der vernachlässigten ländlichen Räume im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse gewaltige staatliche Investitionen – und das über einen sehr langen Zeitraum. Hier muss die Landesregierung natürlich viel mehr machen.

Ihr Antrag hilft allerdings nicht weiter. Wir müssen auf andere Wege und Mittel setzen, um den Neubau anzukurbeln und die steigende Nachfrage nach Wohnungen in den Griff zu bekommen. Wir stimmen der Überweisung natürlich trotzdem zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Clemens. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit befinden wir uns am Schluss der Aussprache. Ich schließe die Aktuelle Stunde und die Beratung zu dem Antrag.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3657. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/3657 an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Wir kommen zu:

2 Nordrhein-Westfalen wird Fahrradland – Klimaziele erreichen, Radverkehrsinfrastruktur stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3675

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Kollegin Wendland das Wort.

Simone Wendland¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin neulich auf eine ganz interessante Europakarte gestoßen, in der Fahrradwege rot eingezeichnet waren. Die Karte machte deutlich, wo die größte Dichte an Fahrradwegen herrscht. Die Niederlande waren quasi durchweg knallrot, während man in Frankreich, Spanien und

Italien nur wenige rote Linien sah. Der rote Fleck der Niederlande zog sich bis nach Nordrhein-Westfalen, wurde dann aber etwas dünner; es gibt da immer noch einige weiße Stellen.

So erleben wir es auch, wenn wir im Land unterwegs sind. Im Münsterland führen manche Fahrradwege scheinbar ins Nirgendwo. Im Ruhrgebiet würde man sich an vielen Straßen dringend Fahrradwege wünschen, und zwar unabhängig davon, ob man mit dem Fahrrad oder mit dem Auto unterwegs ist.

In meiner Heimat, im Münsterland, spielt das Fahrrad eine riesige Rolle bei der Nahmobilität. Das ist historisch gewachsen. Das Münsterland ist nun mal ganz flach, so wie die Niederlande, an die es grenzt. Dort gibt es gänzlich andere Rahmenbedingungen als zum Beispiel im Sauerland.

Aber etwas anderes kann man durchaus übertragen und kopieren: das grundsätzliche Mitdenken des Fahrrads als Baustein der Mobilität. Das ist in einem Satz zusammengefasst das, was wir mit unserem Antrag erreichen wollen.

Früher hat man einen Fahrradweg gebaut, wenn neben der Straße noch ein bisschen Platz war. Der eine oder andere würde das vielleicht gerne umkehren. Wir wollen, dass beides gemeinsam gedacht und geplant wird. Dabei ist uns bewusst, dass das leichter gesagt und in einem Antrag formuliert als getan ist. Denn der Ausbau der Radinfrastruktur ist in NRW keine Aufgabe nur des Landes, sondern all derer, die auch Straßen bauen: Bund, Land und fast 500 Kommunen. Von ihnen werden Radwege geplant, gebaut und bezahlt, meist im Zusammenhang mit Straßen.

Wir wollen, dass der Stellenwert der Fahrradwege erhöht wird. Als Land sind wir mit gutem Beispiel vorgegangen. NRW ist das erste Bundesland, das ein Fahrradgesetz beschlossen hat,

(Beifall von der CDU)

in dem die Gleichrangigkeit des Fahrrads als Mobilitätsfaktor festgeschrieben ist.

Bei Straßen.NRW haben wir ein eigenes Sachgebiet „Radverkehr“ und in jeder Regionalniederlassung einen Radverkehrsbeauftragten. Wir planen derzeit acht Radschnellwege.

Gemeinsam mit den Kommunen, aber auch mit dem Bund wollen wir weiter und schneller vorankommen und dafür die Förderprogramme anpassen, vereinfachen und erweitern, Planungen und Genehmigungen beschleunigen sowie Strukturen schaffen und ausbauen. Lücken im Netz der Fahrradwege zu schließen, wird aber nur gelingen, wenn alle Ebenen zusammenarbeiten und das Land dabei Motor und Bindeglied zugleich ist.

Es gibt viele Ansatzpunkte, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben, viele Stellschrauben im komplizierten Verwaltungsnetzwerk, an denen man drehen

kann. Ich will aber darauf aufmerksam machen, dass es wichtig und lohnend sein kann, den Blick auch auf Dinge außerhalb der Verwaltungsstrukturen zu lenken. Denn wir brauchen auch die Bürgerschaft als Partner, wenn wir vorankommen wollen.

So mancher Radweg ist nur deshalb nicht gebaut worden, weil der Grundstückseigentümer, den man als Partner gebraucht hätte, nicht als Erster informiert worden ist, sondern erst aus der Zeitung davon erfahren hat und dementsprechend verärgert war. Verärgerte Bürger können Bremsklötze sein, motivierte und engagierte Bürger Treiber. Ein sehr gutes Beispiel dafür sind die Bürgerradwege, die wir ebenfalls noch besser fördern wollen als bisher.

Mein Einstieg in die Politik war im Übrigen das Engagement in einer Bürgerinitiative, die sich für einen Bürgerradweg eingesetzt hat. Das war ein Radweg, der zwischen zwei Ortsteilen gebaut wurde, damit Kinder einfacher zur Schule radeln konnten, von einem Ort zum anderen. Das Land hat damals schon drei Viertel der Kosten übernommen, und ein städtischer Zuschuss wurde geleistet. Es gab ganz viel Eigenleistung. Das ist jetzt 18 Jahre her.

Im vergangenen Jahr hat das Land die Sanierung dieses Radwegs mit der vierfachen Summe wie beim ursprünglichen Bau genehmigt und gefördert. Der Radwegebau war damals ein echtes Gemeinschaftsprojekt des gesamten Stadtteils. Viele haben tatkräftig mit angepackt. Die Abgabe von Grundstücksflächen war dann auch kein echtes Problem mehr.

So geht es, wenn alle Ebenen vom Land bis zur Bürgerinitiative zusammenarbeiten. Das wünschen wir uns an vielen Stellen im Land, damit auf der Europakarte der Radwege NRW von den Niederlanden zumindest farblich nicht mehr unterschieden werden kann.

Stimmen Sie unserem Antrag bitte zu, damit es so kommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Wendland. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Metz.

Martin Metz (GRÜNE): Schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! „Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden, wie beim Fahrrad.“ Das sagte Adam Opel.

Nun hat die Firma Opel, nachdem dieses Zitat gefallen ist, eine bestimmte Entwicklung genommen, die doch eher mit dem Pkw zu tun hatte. Aber das ging Hand in Hand mit einer Entwicklung, die auch unsere

Verkehrsplanung und die gesamte Verkehrspolitik geprägt hat, nämlich einer Schwerpunktsetzung auf den motorisierten Individualverkehr.

Dieser Trend hat sich umgekehrt. Der gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Trend heißt: Das Fahrrad ist zurück. Das Fahrrad ist mittlerweile in breiten Teilen der Gesellschaft das Verkehrsmittel der Wahl.

Die Verkaufszahlen bei Fahrrädern gehen durch die Decke. Arbeitgeberinnen bieten Jobräder an. Lastenräder sind gerade für Familien der Ersatz für den Zweitwagen oder in manchen Ballungsgebieten auch für den Pkw insgesamt. E-Bikes haben noch einmal für einen gewaltigen Schub gesorgt, gerade in den ländlichen Räumen. Während der Coronapandemie waren Fahrradläden teilweise ausverkauft.

Statistisch hat jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen mindestens ein Fahrrad. Für diejenigen, die kein Fahrrad oder es im Moment nicht verfügbar haben, gibt es in weiten Teilen des Landes Fahrradmietsysteme. Dafür gibt es gute Gründe. Das Fahrrad ist preisgünstig. Das Fahrrad ist lärmarm, emissionsfrei, es braucht wenig Platz. Fahrradfahren ist gesund, und es macht Spaß.

Diese Begeisterung in der Gesellschaft für das Fahrrad und für seine Potenziale ist der schwarz-grünen Koalition herzlich willkommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dieser gesellschaftliche Trend spiegelt sich auch in den Debatten wider. Es ist ein starkes Signal und keine Selbstverständlichkeit, was wir mit der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ in Nordrhein-Westfalen erlebt haben, wie viele Menschen sich dafür engagiert haben, dass in NRW etwas passiert. Frau Kollegin Wendland hat es eben erwähnt, dass Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland in Deutschland immerhin ein Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz beschlossen hat.

Schauen wir uns die verschiedenen Kommunen an, in denen Radentscheide zum Erfolg geführt haben und es klare Handlungsrichtlinien für die Kommunalverwaltung gibt, viel mehr fürs Fahrrad zu tun. Dieser Erwartungshaltung müssen wir gerecht werden, und das ist auch der Anspruch dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Die Fahrradförderung ist ein elementarer Bestandteil einer Mobilitätswende für Umwelt- und Klimaschutz. Dabei geht es um ganz viel: Straßenverkehrsrecht, Fahrradabstellmöglichkeiten usw. Dieser Antrag nimmt sich das Thema „Radverkehrsverbindungen“ vor. Damit NRW zum Fahrradland wird, wollen wir die Infrastruktur für den Radverkehr deutlich ausbauen und ein dichtes, flächendeckendes Netz an sicheren und komfortablen Radverbindungen schaffen.

Wir haben uns als Koalition das Ziel gesetzt, 1.000 km neue Radwege bis zum Jahr 2027 zu bauen, und zwar nicht nur in den Städten, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen – in den Ballungsgebieten und in den ländlichen Räumen.

Zwei Dinge sind dafür notwendig. Wir müssen erstens wissen, was wir wollen, und das erfordert Netzplanung. Aktuell ist eine ganz entscheidende Phase. Nach dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz müssen jetzt die verschiedenen Akteure festlegen, wo welche Haupttrouten verlaufen sollen und wie die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten.

Da fehlt es häufig noch an der Abstimmung zwischen verschiedenen Ebenen. Es geht eben nicht nur um die rote Linie im Routenplaner und das kleine Hinweisschild, sondern es geht um reale, gute und komfortable Radverkehrsinfrastruktur, damit die Radwege eben nicht mehr auf einmal irgendwo im Nirgendwo enden, sondern damit man komfortabel, schnell und umweltfreundlich mit dem Fahrrad unterwegs sein kann. Mit dem Antrag nehmen wir die Anforderungen des FaNaG ernst und senden an alle Beteiligten das Signal, die Netzplanung anzugehen und abzustimmen.

Zweitens geht es um das Umsetzen, also darum, auch zu bauen, was geplant ist. Da stehen alle in der Verantwortung. Ein wichtiger Aspekt für uns ist: Bei jeder Planung im Bereich Straßenbau muss der Fahrradverkehr von Anfang an mitgedacht werden, damit allen Menschen eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr möglich ist. Auch dafür schaffen wir – Kollegin Wendland hat es eben gesagt – in den Regionalniederlassungen eigene Stabsstellen für den Radverkehr. Wir haben außerdem mit dem letzten Haushalt die Mittel für den Fahrradverkehr auf ein Rekordniveau gehoben.

Das Land ist selbst in der Verantwortung bei den Radschnellwegen, und wir sind sehr froh, dass mit unserem Minister Oliver Krischer jetzt auch klar ist, dass wir schneller und besser werden müssen, um diese Radschnellwege im Land auszurollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Um die Kommunen beim Radwegbau stärker zu unterstützen, sollen die vorhandenen Förderprogramme überprüft werden, damit Mittel einfacher abfließen und entsprechend verbaut werden können. Die knappen Planerinnen und Planer sollen sich mehr mit Planen und Bauen beschäftigen und nicht mit Formularen. Das wird ein ganz wichtiges Thema in den nächsten Jahren sein.

Mit einer guten Netzplanung, mit konsequenter Einbeziehung des Radverkehrs in den Straßenbau, verstärkten Anstrengungen zum Ausbau der Radschnellwege und einer unbürokratischen Förderung wollen wir landesweit eine gute Radverkehrsinfrastruktur aufbauen: raus aus den Theorien und den

Plänen, rein in die Praxis und in die Realität, weil es gut fürs Klima ist, weil es hilft, Verkehrsprobleme zu verringern, und weil es Spaß macht.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Metz. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt die Kollegin Stamm.

Christin-Marie Stamm (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich erkennt auch Schwarz-Grün den großen Handlungsbedarf im Radverkehr. Auf der Verkehrsministerkonferenz in der vergangenen Woche wurde die zentrale Bedeutung des Radverkehrs für die Mobilitätswende noch einmal deutlich hervorgehoben.

Im NRW-Koalitionsvertrag formulieren Sie die Zielsetzung, bis 2027 1.000 km neue Radwege zu bauen. Das haben Sie auch gerade erwähnt. Das ist ein klare Aussage. Welche Zielsetzungen verfolgen Sie darüber hinaus?

Wir als SPD-Fraktion sind davon überzeugt, dass Angebot und Anreizstruktur Hand in Hand gehen müssen. Genauso, wie es mehr Radwege braucht, müssen wir darum werben, dass mehr Menschen diese dann auch nutzen.

Ein Modal Split des Radverkehrs von 25 % ist das erklärte Ziel. Bis zu welchem Jahr soll diese Zielmarke erreicht werden? Das Ziel ist in Ihrem Antrag nicht ausformuliert.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie es mich an einem konkreten Beispiel klarmachen. Mein Wahlkreis, der Kreis Olpe, ist Teil des ländlichen Raums. Die Menschen in meinem Wahlkreis möchten gerne ihren Teil zu einer erfolgreichen Verkehrswende beitragen. Aber die Realität sieht zurzeit noch folgendermaßen aus: Mit ca. 667 Pkw je 1.000 Einwohner gehört Olpe zu den Landkreisen mit der höchsten Pkw-Dichte in ganz NRW. Die Folgen sehen Sie im Straßenbild. Radwege sind auch hier immer noch eine Ausnahme. Nicht zuletzt im ländlichen Raum müssen wir deutlich besser werden, denn Potenzial für den Radverkehr besteht zweifellos.

In den Ballungsräumen hingegen geht es nicht nur um den Neubau von Radwegen, sondern auch darum, die vorhandenen sicherer zu machen. Nur dann schaffen wir es, dass die Pendler im Alltagsverkehr für kürzere und mittlere Entfernungen auf das Rad umsteigen und so eine Umverteilung der Verkehrsanteile zugunsten des Rades erfolgt.

Zum Gelingen der Mobilitätswende bedarf es eines sicheren, zusammenhängenden und durchgängigen Radwegenetzes in Stadt und Land.

(Beifall von der SPD)

Ein weiteres Problem ist es, dass Kommunen im ländlichen Raum die personellen Kapazitäten für die Planung und Konzeption von Radwegen fehlen. Der Wille ist da, aber es braucht auch passende Förderkulissen und vereinfachte Förderkriterien, sodass der ländliche Raum in den Neubau von Fahrradwegen investieren kann.

Lassen Sie es mich noch einmal deutlich sagen: Sie brauchen den ländlichen Raum für den Bau von 1.000 km neuen Radwegen. Zudem fordern Sie in Ihrem Antrag mehr Bürgerradwege. Wir erinnern Sie gerne an das Potenzial von Wirtschaftswegen. Die Ertüchtigung von Wirtschaftswegen für den Radverkehr steht im Koalitionsvertrag und fand bereits vorher den Weg in § 22 des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes.

Im Antrag erwähnen Sie die Ertüchtigung von Wirtschaftswegen für Radwege allerdings mit keiner einzigen Silbe. Deshalb lautet unser Appell, dass das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz dringend novelliert werden muss.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Städte und Gemeinden erstellen Wegekonzepte, die auch die Nutzung von bestehenden Wirtschaftswegen für den Radverkehr berücksichtigen. Hierzu bedarf es einer verbindlichen kommunalen Förderung, die ebenso in ein novelliertes Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz aufgenommen werden muss.

Kommen wir, da wir uns gerade mit Planung, Messung und Auswertung des Radverkehrs befassen, abschließend zu Forschung und Lehre. Der Bund fördert die Einrichtung einer Stiftungsprofessur für Radverkehr an der Bergischen Universität Wuppertal. Der Aktionsplan zum Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz stellt weiterhin landeseigene Stiftungsprofessuren in Aussicht.

Auch hier bleiben weiterhin viele Fragen offen. Wie sehen Ihre Pläne für die landeseigene Stiftungsprofessur Radverkehre aus? Welche Forschungsschwerpunkte Radverkehr sind vorgesehen und an welchen Universitäten? Dazu steht rein gar nichts in Ihrem Antrag.

(Martin Metz [GRÜNE]: Es geht ja auch um Radwege!)

Die Fahrradinfrastruktur zu stärken, ist eine große Aufgabe. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung: Um die Klimaziele zu erreichen und Radverkehrsinfrastruktur in NRW zu stärken, braucht es deutlich mehr als Ihr Antrag hergibt. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Martin Metz! Das Zitat von Adam Opel war echt schön. Ich selbst habe auch einige Male Opel gefahren. Das mache ich jetzt nicht mehr. Aber Fahrrad fahre ich immer noch mit Begeisterung.

Nordrhein-Westfalen ist das Fahrradland Nummer eins, in Europa noch nicht, aber in Deutschland. Das steht fest. Dazu hat die Politik von SPD und Grünen mit Verkehrsminister Mike Groschek beigetragen. Dazu hat die Politik der Koalition von CDU und FDP mit Hendrik Wüst und Ina Brandes beigetragen. Dazu trägt auch jetzt diese Koalition von CDU und Grünen mit Oliver Krischer als Verkehrsminister bei.

Die jetzige Regierung hat finanziell noch etwas draufgelegt – okay. Die größten finanziellen Sprünge im Bereich „Radverkehr“ gab es allerdings in der Zeit der Koalition von CDU und FDP. Auch das gerade benannte Radverkehrsgesetz erfolgte in der Zeit der Koalition von CDU und FDP.

Alles geschenkt – im Radverkehr unterscheidet sich die Politik dieser Fraktionen nicht. Der Ausbau der Infrastruktur erfolgt mit aller Macht und Konsequenz. Neue Stabsstellen – das mögen nette Posten sein, die man da vergeben kann – brauchen wir dafür nicht. Der Ausbau läuft. Insgesamt ist deshalb der Antrag, weil es eben so gut läuft, aus unserer Sicht überflüssig.

Die Koalition hat seit der Landtagswahl drei wesentliche Anträge zur Verkehrspolitik gestellt: einmal zum Schienenpersonennahverkehr bzw. ÖPNV, einmal zu Mobilstationen, einmal zum Radverkehr.

(Oliver Krauß [CDU]: Sehr gut!)

Infolgedessen stellt sich die Frage, lieber Kollege Krauß: Ist die CDU wirklich grün geworden? Gibt es nicht noch andere Verkehrsträger, wozu man sich äußern müsste, mit denen man sich befassen müsste?

(Beifall von der FDP)

Die Haltung des Koalitionspartners CDU wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, wenn wir den Blick auf andere Verkehrsträger richten, zum Beispiel auf den Luftverkehr. Was ist denn mit dem Planfeststellungsverfahren am größten Flughafen Nordrhein-Westfalens hier in Düsseldorf? Komischerweise hat der Rat der Stadt Düsseldorf unter Oberbürgermeister Keller, CDU, die Schließung eines Terminals beschlossen, einfach mal so aus der Hüfte in einer Ratssitzung. Es ist schon irre, was teilweise in der Luftverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen läuft.

Ein anderer Verkehrsträger ist die Straße. Da gab es zuletzt einige Meldungen zur A46. Verkehrsminister Krischer hat gesagt: Das Projekt wollen wir nicht mehr. Er ist dann wenig später ein bisschen zurückgerudert. Der Kollege Heinrich Frieling aus dem Sauerland hat schon einige Tage davor das Projekt für ihn und für die CDU „beerdigt“.

Ähnliche Fragen stellen sich bei der B64 zwischen Rheda-Wiedenbrück, Herzebrock, Beelen und Warendorf. Da gibt es auch Bürgerinitiativen dagegen. Minister Krischer kennt sich da gut aus. Wie steht die CDU vor Ort zu diesem Projekt? Diese Frage werden wir jetzt übertragen auf die Beschlüsse der Ampelkoalition in Berlin.

(Beifall von der FDP)

Dort wurden 144 Autobahnbaumaßnahmen von besonderer Priorität beschlossen, 66 davon in Nordrhein-Westfalen. Wir haben wahrgenommen, dass es schon Konflikte innerhalb der Koalition gab, aber diese Einigung war eben das Ergebnis.

Ist es ausgerechnet die CDU in Nordrhein-Westfalen, die den Grünen bei der Blockierung von Maßnahmen hilft, die die Grünen in Berlin nicht blockieren konnten? Das ist jetzt die Frage. Berlin hat beschlossen, dass 66 Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Wir werden jede einzelne Maßnahme abfragen und werden die Koalition stellen. Grüne und CDU, stehen Sie zu den Projekten oder sind Sie dagegen?

Ich kann der CDU nur empfehlen, die gleichen Weg zu gehen wie die Ampel in Berlin und nicht mit dieser Blockade von einzelnen Projekten anzufangen.

(Beifall von der FDP)

Das ist ganz wichtig für Nordrhein-Westfalen, erst recht vor dem Hintergrund der Güterverkehrsprognose und den Belastungen, die gerade auf uns zurollen.

Die drei Anträge zum SPNV – wir haben zugestimmt –, zu Mobilstationen und zum Radverkehr waren inhaltlich alle gut und waren auch richtig. Aber das allein ist noch nicht die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört noch eine Menge mehr. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Keith.

Andreas Keith^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns gemeinsam ein wenig in die Vergangenheit radeln. Anfang des 20. Jahrhunderts war das Fahrrad für viele Menschen erschwinglich geworden. Radfahren war günstiger als eine Fahrt mit der Straßenbahn.

Das Fahrrad wurde im Deutschen Kaiserreich zum ersten Massenverkehrsmittel.

Der Großteil der heutigen Radfahrerwege – so nannte man sie ursprünglich – stammt noch aus den 20er- und 30er-Jahren. Durch Kriegsbeginn kam der Radwegeausbau jedoch zum Erliegen, und weil während des Wirtschaftswunders der eigene Pkw Einzug in deutsche Haushalte hielt, kam er auch nicht wieder in Schwung. Radwege verwaisteten, wurden umgebaut oder umgewidmet.

So ist der überwiegende Teil der Radwege bis heute entweder zu schmal, aufgrund von Baumwurzeln oder zu hohen Bordsteinen unbefahrbar, streckenweise komplett ohne Asphalt, im Nirgendwo endend oder plötzlich in einer Straße mündend. Darüber, dass unsere Fahrradinfrastruktur weder die beste noch die modernste ist, braucht man also wirklich nicht zu streiten.

Aber wissen Sie was? Das trifft auch auf die Schienen zu, das trifft auch auf die Schifffahrtswege zu, und das trifft vor allem auch auf die Straßen und unsere maroden Brücken zu. Dass die Bürger in Nordrhein-Westfalen laut ADAC im Jahr über 100.000 Stunden im Stau stehen, ist nicht schicksalhaft, sondern Ihrem Versagen geschuldet. Egal, wer von Ihnen hier in den letzten Jahrzehnten den Hut aufhatte – die Infrastruktur haben Sie alle gemeinsam verkommen lassen.

Der jetzigen Landesregierung sage ich: Wer es nicht schafft, für verkehrstüchtige Brücken und schlaglochfreie Straßen zu sorgen, NRW aber mir nichts, dir nichts zum Fahrradwunderland machen möchte, der wird sich schneller auf dem Boden der Tatsachen wiederfinden als Herr Wüst in der Regel „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss“ sagen kann.

Was also fordern Sie? Sie wollen den Anteil des Radverkehrs innerhalb weniger Jahre von 10 auf 25 % steigern. Wie? Mit Radschnellwegen, Radschnellverbindungen und Radwegen an Bundes- und Landesstraßen. Na, dann schauen wir doch mal genauer hin.

Der erste und bisher einzige Radschnellweg in NRW befindet sich schon seit 2014 in Planung. Von Moers bis nach Hamm soll er führen und 115 km lang sein. Und wie viele Kilometer sind bereits fertiggestellt? Ich frage mal die Kollegen der Grünen, ob sie es wissen. – Nein, die gucken alle ganz interessiert auf ihre Handys, Laptops und rechnen gerade nach. Ich verrate es Ihnen gerne: ganze 17 km! 17 km bisher fertiggestellt – in neun Jahren. Bei dem Tempo findet die Fertigstellung im Jahr 2074 statt.

Wie man es richtig und sinnvoll, ohne ideologische und unrealistische Ziele machen kann, zeigen unsere Nachbarn aus den Niederlanden. Die Niederlande hat Anfang der 2000er-Jahre begonnen, Radschnellwege zu bauen, aber da waren Stadt und

Land bereits mit einem guten Radwegenetz ausgestattet, ganz im Gegenteil zu uns. Sie machen wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten, träumen von Rennrädern, noch bevor Sie das Dreiradfahren gelernt haben.

Werte CDU, seien Sie doch ehrlich, Radschnellwege sind ein grünes Prestigeobjekt. Dieser verkehrspolitische Irrsinn ist der Preis Ihrer Zukunftscoalition mit den Grünen, eine Zukunft, die nirgendwo hinführt, Unsummen verschlingt, keinen realen Nutzen bringt und deren Preis – wie so oft – die Bürger zahlen müssen. Priorität müssten baulich getrennte Radwege haben, damit sich Auto- und Radverkehr nicht in die Quere kommen. Aufgepinselte Radstreifen, wie sie in vielen Kommunen auf Autofahrspuren entstehen, erhöhen weder die Sicherheit noch fördern sie das gegenseitige Verständnis. Früher diente der Bau von Radwegen dazu, den Autoverkehr zu entlasten, Sie aber machen genau das Gegenteil. Ich befürchte, Sie machen das absichtlich, um die Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Natürlich!)

Wir als AfD-Fraktion stehen für eine realistische Verkehrspolitik. Dazu gehört, dass die Förderung von Fahrradwegen nicht auf Kosten anderer Verkehrsmittel geht, erst recht nicht auf Kosten des Autos. Oder wollen Sie demnächst vielleicht versuchen, die nächste Kinderklinik im Ernstfall mit dem Fahrrad über einen Radschnellweg zu erreichen?

(Zuruf von den GRÜNEN)

NRW muss nicht Fahrradwunderland sein. Bringen Sie gerne die verlotterten Radwege in Schuss, aber sanieren Sie vor allem die Schiene, die Schifffahrtswege und unsere maroden Straßen und Brücken. Damit wäre den Menschen mehr geholfen, als wenn Sie weiter von Radschnellwegen im Jahr 2074 träumen.

Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke, Herr Abgeordneter Keith. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Krischer.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Fahrrad ist das erfolgreichste und wichtigste Verkehrsmittel, zumindest was die Zahl der Fahrzeuge angeht. Wir haben in Deutschland 81 Millionen Fahrräder. Es kommen jedes Jahr 5 Millionen dazu, die neu gekauft werden. Die Menschen stimmen mit ihrer persönlichen Entscheidung darüber ab, wie sie mobil sein wollen.

Während das Fahrrad früher eher ein Freizeitinstrument war, erleben wir heute mit dem Boom der Pedelecs, dass Radverkehr zur Alltagsmobilität wird, dass Radverkehr ein Teil des notwendigen Wegs zur Arbeit ist, zum Einkaufen und um seine persönlichen Geschäfte zu erledigen. Das ist eine gute Entwicklung, die die Menschen in diesem Land ausgelöst haben und die wir in jeder Hinsicht unterstützen wollen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In der Tat – Herr Rasche, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar dafür – ist das eine Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Man kann natürlich immer darauf hinweisen, dass im Ausland viele weiter sind – das stimmt auch –, aber wir sind das Land mit dem ersten Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz. Es ist richtig, dass ein solches Gesetz, das in einem boomenden Bereich geschaffen worden ist, sich immer wieder der Evaluierung, der Überprüfung stellen muss.

Wir haben damit eine gute Grundlage, mit der wir im Moment arbeiten müssen. Es ist aber nicht so, als ob alles gut wäre und man sich jetzt ausruhen könnte, nach dem Motto, wie Herr Rasche es gesagt hat: Es läuft schon. – Ich finde es sehr bemerkenswert, das an dieser Stelle so auszudrücken. Es gibt eine ganze Menge zu tun, weil es einfach notwendig ist, dass wir mehr Radverkehrsinfrastruktur schaffen.

Alle Umfragen belegen: Die Menschen würden das Fahrrad noch viel mehr nutzen, wenn sichere, komfortable Infrastruktur vorhanden wäre. Bei allen Debatten und Planungsbeschleunigungen würde ich mir manchmal mehr wünschen, dass die Radwegeinfrastruktur bei den politischen Akteuren stärker im Fokus steht. Das ist zumindest das, was die Menschen wollen und ein ganz zentraler Punkt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Heute ist es, wenn man einen Radweg bauen will, nicht einfach damit getan, dass man den neben die Straße legt und alles ist einfach erledigt. Im Gegenteil: Radverkehrsinfrastruktur ist in der Planung bzw. im Bau, und sie ist so aufwändig, als würden Sie eine eigene Straße bauen. Da müssen wir darüber reden, ob wir die Instrumente verbessern müssen und wie wir hier schneller und besser vorankommen. Es wurden schon die Radschnellwege, die vorhandenen Projekte, angesprochen. Mein Ministerium kümmert sich in konsequenten Planungsbesprechungen darum, dass die verschiedenen Akteure besser aufeinander abgestimmt werden, dass es ein Netzwerk gibt, einen Austausch für die Kompetenz in der Planung, damit wir hier eine Beschleunigung erreichen.

In der Tat: Mit dem, was bisher an Radschnellwegen realisiert worden ist, können wir nicht zufrieden sein. Das muss schneller werden, und dafür werden wir in Nordrhein-Westfalen ressortübergreifend die notwendigen Grundlagen dafür schaffen, dass mit Straßen.NRW, mit der kommunalen Seite, mit dem Bund,

wo er die Zuständigkeit hat, besser abgestimmt geplant wird.

Wir haben weitere Infrastruktur und weitere Organisationen wie die AGFS, wir haben das „Zukunftsnetz Mobilität“, wir haben NRW.URBAN. All diese Akteure sind aktiv damit befasst, die Radverkehrsinfrastruktur voranzubringen. Das geht seinen Weg. Das ist notwendig, das ist gut. Wir werden einen Bedarfsplan für Radschnellverbindungen noch im Jahr 2023 und darauf aufbauend ein Radvorrangnetz entwickeln. Das wird umgesetzt.

Damit werden wir zeigen, dass wir den Anspruch, dass Nordrhein-Westfalen das Radverkehrsland Nummer 1 ist, erfüllen werden. Das zeigen auch die Haushaltszahlen; das wurde schon angesprochen. 90,5 Millionen Euro stehen allein in diesem Jahr für den Erhalt der Radverkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Das kann sich sehen lassen. Es kann aber natürlich auch noch mehr werden, weil der Bedarf vorhanden ist.

Deshalb freue ich mich sehr über diesen guten Antrag der Koalitionsfraktionen, der die Politik der Landesregierung in der angemessenen Weise unterstützt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Minister Krischer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3675. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3675 angenommen.**

Ich rufe auf:

3 Allen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen – Anschlussperspektive nicht an Datenübermittlung scheitern lassen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3665

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Teschlade das Wort.

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am

Mittwoch eine sehr intensive Debatte zur Kinderarmut geführt. Diese Debatte war wichtig, aber sie hat mich an vielen Stellen durch viele Redebeiträge auch sehr ernüchtert. Als Sozialpolitikerin hat mich das sehr nachdenklich gemacht, weil ich keinen großen Wurf und keine großen Ambitionen erkenne.

Trotzdem war der Mittwoch ein guter Tag: Die Ausbildungsplatzgarantie kommt. Dafür habe ich gemeinsam mit vielen anderen Menschen in meiner Partei und den Gewerkschaften lange gekämpft.

(Beifall von der SPD)

Die Ausbildungsplatzgarantie bietet jungen Menschen das Versprechen auf eine Ausbildung. Dadurch werden der Staat und auch die Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen, jungen Menschen eine echte Perspektive zu bieten.

Ich habe in der Debatte zur Armut am Mittwoch gesagt, dass Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlte Arbeit die Hauptrisikofaktoren für Armut darstellen. Die Schule ohne eine Anschlussperspektive zu verlassen, birgt ein extrem hohes Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Im Jahr 2021 haben in NRW 4.555 junge Menschen die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Über 44.000 junge Menschen hängen nach Zahlen des DGB in NRW in den sogenannten Übergangssystemen zwischen Schule und Beruf fest, wie man so sagt: im Wartesaal ihres beruflichen Lebens.

Wenn ich mit Jugendlichen in den sogenannten Übergangssystemen spreche, dann höre ich, dass die Gründe dafür vielschichtig sind: Viele wissen nach der Schule einfach nicht genau, was sie machen möchten. Vielen hat Corona extrem schwer zugesetzt.

Viele haben in diversen Bildungseinrichtungen immer wieder gehört, dass sie es schwer haben werden, da aus ihnen wahrscheinlich nichts wird. Viele haben jede Menge Bewerbungen geschrieben und trotzdem nur Ablehnungen erhalten oder unbezahlte Praktika angeboten bekommen.

Dann hören wir das Gerede über den immensen Fachkräftemangel, der die größte Bedrohung für unseren Wohlstand und eine gigantische Herausforderung darstellt. Immer mehr Branchen sind davon betroffen, und wir wissen, dass sich der Fachkräftemangel durch die demografische Entwicklung noch verschärfen wird.

Was macht das mit jungen Menschen, die es trotz all dieser vermeintlichen Superbedingungen nicht so leicht haben? Es demotiviert und zementiert die eigenen Selbstzweifel. Deshalb müssen wir viel früher reagieren; auch hier ist Prävention das Stichwort.

(Beifall von der SPD)

„Kein Abschluss ohne Anschluss“ sind Programme in unserem Land, die sehr wertvoll sind. In der letzten Ausschusssitzung habe ich kritisiert, dass das Programm „Chance“ nicht weitergeführt wird. Es gibt viele Herausforderungen, wenn junge Menschen einmal aus dem System herausfallen. Diese Landesregierung steht vor extrem großen Aufgaben.

Es gibt aber glücklicherweise auch Aspekte, bei denen man ganz leicht Dinge umsetzen könnte. In Nordrhein-Westfalen werden nicht alle Jugendlichen und jungen Menschen, die keine Ausbildung in Aussicht haben, erreicht. Das scheitert mitunter auch an der Umsetzung von § 31a SGB III, der Datenerhebung und Datenermittlung von jungen Menschen nach der Schule erschwert.

Damit sind die Jugendlichen für Angebote der Berufshilfe, der Arbeitsagenturen oder der Jugendhilfe nicht mehr greifbar. Sie fallen heraus, und das Risiko, ohne Abschluss und damit mit einer deutlich schlechteren Perspektive durchs Leben zu gehen, steigt exorbitant.

Deshalb war ich sehr froh, als Staatssekretär Heidmeier bereits in der Ausschusssitzung im Dezember auf Folgendes hingewiesen hat: Das MAGS hat im Ausbildungskonsens zugesagt, im Dezember Lösungswege aufzuzeigen, wie eine mögliche Gesetzesänderung aussehen kann. Auch wenn es sich sehr kompliziert gestaltet, ist bisher leider nichts passiert.

Daher habe ich mich wieder gefreut, als ich im Interview mit Roland Schüßler in der Rheinischen Post vom 1. März 2023 gelesen habe, dass der Bund zwar alle Voraussetzungen in den Ländern für eine Datenübergabe von Schule in Richtung Bundesagentur geschaffen habe, dies aber bisher nur von zwei Bundesländern umgesetzt wird. Raten Sie mal: Nordrhein-Westfalen gehört nicht dazu.

In dem Interview wurde aber auch gesagt, dass Minister Laumann zugesichert hat, dass er die gesetzliche Grundlage dafür schaffen wird. Das ist großartig. Wenn diese Zusicherung wirklich Bedeutung hat, werden wir heute alle Zeuginnen und Zeugen eines seltenen Ereignisses, weil die regierungstragenden Fraktionen jetzt eigentlich gar nicht mehr anders können, als unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall von der SPD)

Das wäre neben der Ausbildungsplatzgarantie ein außerordentlicher Erfolg in dieser Woche für junge Menschen in unserem Land für und deren berufliche Perspektive, weil klar ist: Arbeit nervt, aber keine Arbeit nervt noch mehr. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Teschlade. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Fuchs-Dreisbach.

Anke Fuchs-Dreisbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Allen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen – Anschlussperspektive nicht an Datenübermittlung scheitern lassen“. Der Titel des Antrags erweckt beinahe den Eindruck, dass mit der Datenübermittlung allein automatisch eine Verbesserung des aktuellen Fach- und Arbeitskräftemangel einhergehe.

(Lachen von Jochen Ott [SPD] – Lena Teschlade [SPD]: Nein! Ein Aspekt!)

Wir begegnen dem Fach- und Arbeitskräftemangel jedoch, indem wir die duale Ausbildung attraktiver gestalten, sie gesellschaftlich mehr anerkennen und jungen Menschen die akademische und die duale Ausbildung und damit beide Wege aufzeigen.

(Beifall von der CDU)

Dieses Ziel verfolgen wir als Zukunftscoalition gemeinsam mit der Landesregierung. Mit der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – kurz: KAOA – gibt es in Nordrhein-Westfalen einen landesweiten und strukturierten Prozess für den Übergang von der Schule in den Beruf. Wir stellen mit KAOA sicher, dass Jugendliche frühzeitig bei der beruflichen Orientierung, bei der Berufswahl und beim Eintritt in die Ausbildung oder der Aufnahme des Studiums Unterstützung erhalten. Das wird seit Anfang des Jahres in den Schulen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt.

Es ist unser klares Ziel, allen jungen Menschen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für eine Berufsausbildung oder für ein Studium zu ermöglichen. Als Land stellen wir für KAOA im aktuellen Haushaltsjahr deshalb erneut 14 Millionen Euro zur Verfügung. Dankenswerterweise lässt unser Arbeitsminister Karl-Josef Laumann in seinem täglichen Handeln keinen Zweifel daran, dass für ihn die Stärkung der dualen Ausbildung von zentraler Bedeutung ist, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen.

Für mich steht außer Frage, dass die akademische und die berufliche Bildung gleichwertig sind, und wir haben im Rahmen des Ausbildungskonsenses das Übergangssystem „Schule zu Beruf“ fest im Blick. Mit diesem Übergangssystem ermöglichen wir allen Jugendlichen einen Übergang von der Schule in den Beruf. Das geschieht strukturiert, verpflichtend und unabhängig davon, welche Schulform die jungen Menschen in unserem Land besuchen.

Die aktuell vorgelegte Halbjahresbilanz der Bundesagentur für Arbeit zeigt deutlich, dass sich der Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen zunehmend

zum Bewerberinnen- und Bewerbermarkt entwickelt. Die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden, waren für junge Menschen lange nicht mehr so gut, wie sie aktuell sind. Ungeachtet dieser positiven Entwicklung fällt ein Ausbildungsplatz trotz des Fach- und Arbeitskräftemangels nicht vom Himmel. Als Land haben wir die entsprechend notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen und entwickeln diese permanent weiter.

Es bedarf aber auch vonseiten der Jugendlichen und deren Familien eines gewissen Maßes an Eigenverantwortung und den Willen, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Der Staat wird diese Endverantwortung nicht übernehmen können. Sowohl mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ als auch mit dem Ausbildungskonsens haben wir Maßnahmen ergriffen, die wir in der Frage der Datenübermittlung weiterentwickeln werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Fuchs-Dreisbach. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Rauer.

Benjamin Rauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir sind uns einig: Junge Menschen mit Vermittlungshemmnissen und ohne einen Übergang von Schule in Ausbildung oder Studium brauchen Unterstützung, um schnellstmöglich eine Ausbildung zu finden und den Schritt in das Berufsleben bestmöglich gehen zu können. Dieser Antrag zeigt, dass das für die Antragsteller*innen ein wichtiger Punkt ist, so, wie wir das in unseren Anträgen zur Fachkräfteoffensive auch fordern.

Der Antrag der SPD fußt auf der Anhörung vom 1. Februar 2023 zum schwarz-grünen Antrag hinsichtlich einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive. Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit hat in ihrer Stellungnahme veröffentlicht, dass das Land NRW mit dem Arbeitsministerium gerade an der gesetzlichen Umsetzung des § 31a SGB III arbeitet – so haben Sie das eben auch gesagt –, denn das Beratungsangebot für die jungen Menschen darf natürlich nicht an einer Datenübermittlung scheitern. Sollten die Kollegen der SPD Vorschläge zur Beschleunigung des Verfahrens haben, würde ich empfehlen, diese im Antrag zu formulieren.

Weiter fordert die SPD mit ihrem Antrag, die Angebote der Jugendhilfe und der Berufsberatung zu stärken. In Ihrem Antrag kann ich jedoch nicht im Ansatz konstruktive Punkte zur Stärkung der Jugendhilfe und Berufsberatung finden,

(Lena Teschlade [SPD]: Darum geht es auch nicht! – Jochen Ott [SPD]: Darum geht es nicht)

wie die jungen Menschen, die derzeit nicht von einem Berufsangebot profitieren können, besser erreicht werden können.

Wir brauchen qualifizierten Nachwuchs, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel in NRW entgegenzuwirken. Das ist für mich ein besonderes Anliegen. Auch durch meinen eigenen Lebenslauf weiß ich, wie wichtig es ist, jungen Menschen eine passgenaue Unterstützung und eine Beratung zu bieten. Nicht jede und nicht jeder hat direkt mit dem Schulabschluss eine langfristige Perspektive für das eigene Berufsleben, wobei es viele Gründe geben kann, dass der Berufswunsch nicht so einfach realisierbar ist.

Die Bundesagentur hat in NRW in den letzten Jahren bereits verschiedene Initiativen und Projekte gestartet, um die Schulabgängerinnen zu erreichen. Unter anderem soll das Interesse am dualen Ausbildungssystem durch die gemeinsame Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ mit unterschiedlichen Aktivitäten gesteigert werden.

Seit dem Jahr 2020 gibt es beispielsweise das neue Dienstleistungsangebot der Berufsberatung im Erwerbsleben für Erwachsene durch die Agentur für Arbeit. Diese Berufsberatung unterstützt Menschen bei der Berufsorientierung und hilft Ihnen bei der Berufswegplanung sowie bei der Entscheidung des Berufslebens.

Ein anderes Projekt ist die intensive Kooperation mit den Berufskollegs. Diese Kooperation wurde im Jahr 2020 für fünf Jahre gestartet und steht unter der Leitung des Ministeriums für Schule und Bildung.

Ein weiteres Beispiel ist die Initiative „Zukunftsstarter“, die auf Menschen ohne Berufsabschluss im Alter von 25 bis 35 Jahren abzielt. Im Rahmen dieser Initiative werden diesen jungen Menschen ohne Berufsabschluss zielgerichtet Weiterbildungen angeboten. Junge Menschen, die die Ausbildung nicht bestanden haben, bekommen damit eine zweite Chance, eine sichere berufliche Zukunft zu beginnen.

Was das Ziel angeht, das zurzeit ungenutzte große Potenzial junger Menschen ohne Ausbildungsabschluss zu erschließen, sind wir uns einig, dass wir Möglichkeiten anbieten müssen. Der Aspekt der beruflichen Orientierung ist deshalb ein wichtiger Punkt auf der Agenda des MAGS und bei den Arbeitsgruppen.

Wir müssen jedoch leider feststellen, dass der Antrag konkrete Vorschläge, was und wie etwas weitergehend gestärkt werden soll, vermissen lässt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage von dem Kollegen Ott.

Benjamin Rauer (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Gerne.

Jochen Ott (SPD): Danke schön, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zu lassen. Bei den Ziffern II und III des Antrags gibt es, wie Sie auch gerade festgestellt haben, inhaltlich eigentlich keinen Widerspruch. Der Kern des Antrags ist, dass die Datenübermittlung stattfinden kann. Warum kann man bei einem solchen Antrag nicht einfach mal sagen, dass das stimmt und gemeinsam gewollt ist, und ihm zustimmen?

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön.

Benjamin Rauer (GRÜNE): In dem Antrag wird gefordert, dass wir das Arbeitsministerium auffordern, das zu tun. Das Arbeitsministerium tut das aber schon. Also müssen wir es nicht dazu auffordern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war ziemlich einfach! – Jochen Ott [SPD]: Und ziemlich falsch! – Lena Teschlade [SPD]: Das macht es leider nicht wahrer!)

Damit ist eigentlich alles gesagt. Dieser Antrag ist ohne Zweck für die Verbesserung der Situation der Menschen. Somit wird er von uns abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das stimmt leider nicht! Aber gut; wir werden es ja gleich vom Minister hören!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der FDP hat nun Frau Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich doch über die Wortbeiträge, die ich gehört habe, beispielsweise darüber, dass die CDU jungen Menschen quasi unterstellt, sie bemühen sich nicht um einen Ausbildungsplatz. Die meisten jungen Menschen bemühen sich, und zwar sehr intensiv.

Die FDP ist sicher die letzte Fraktion, die nicht sagen würde, Leistung müsse sich lohnen. Bei diesem Antrag der Sozialdemokraten geht es aber darum, dass

wir die Menschen erreichen, die es einfach nicht alleine schaffen und zu Hause nicht die nötige Unterstützung haben. Dafür brauchen wir diese Datenübermittlung dringend. Lesen Sie doch noch einmal den Antrag. Dann verstehen Sie das auch.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Erschwerend kommt hinzu, dass die Coronapandemie die Problematik auf dem Ausbildungsmarkt verschärft hat. Durch das Lernen auf Distanz ist für viele Jugendliche der Zugang zur Ausbildungsplatzvermittlung und zu Praktika weggefallen.

Auch die Problematik eines fehlenden Schulabschlusses hat sich nochmals verschärft. Im Jahr 2021 verließen über 4.000 junge Menschen nordrhein-westfälische Schulen ohne Schulabschluss. 44.000 junge Menschen befanden sich 2022 im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Fast jeder fünfte Jugendliche bleibt in NRW ohne Berufsqualifikation. Der Handlungsbedarf ist doch offenkundig!

Die von den Vorrednern gelobte Landesinitiative zur Berufsorientierung „Kein Abschluss ohne Anschluss“ soll dem eigentlich entgegenwirken. Sie ist aber längst noch nicht so gut, wie sie sein könnte und vor allem sein müsste. Außerdem erreicht sie nicht alle Schulabgänger. Daher muss KAoA praxis- und jugendgerecht weiterentwickelt werden. Berufsorientierung muss zunächst motivieren und Freude auf das Arbeitsleben machen. Sie darf nicht primär aus reiner Analyse aus Erwachsenensicht bestehen.

Mit dem Ausbau von modularen Ausbildungen und zertifizierten Teilqualifikationen sowie einem vermehrten Angebot an Teilzeitausbildungen könnte der Einstieg in eine Ausbildung erleichtert werden.

Das in der letzten Legislaturperiode geschaffene Ausbildungsprogramm NRW, mit dem für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in benachteiligten Regionen rund 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich bezuschusst wurden, muss fortentwickelt werden. Dabei sollten wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, die Matching-Prozesse zu verbessern.

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion greifen mit ihrem Antrag ein wesentliches Problem in diesem Prozess auf.

(Thorsten Klute [SPD]: So ist es!)

Die Umsetzung von § 31a SGB III zur Datenübermittlung von Informationen zu jungen Menschen ohne Anschlussperspektive funktioniert in Nordrhein-Westfalen nicht wie vorgesehen.

Eigentlich sollen die Arbeitsagenturen junge Menschen ohne Anschlussperspektive aktiv kontaktieren und über Angebote der Berufsberatung und Berufsorientierung informieren. Zu diesem Zweck sollen sie

von den Ländern die entsprechenden Daten erhalten.

Werden die Angebote der Arbeitsagenturen nicht in Anspruch genommen, sollten diese wiederum Sozialdaten übermitteln, damit das Land jungen Menschen weitere Angebote unterbreiten kann.

Eine Datenermittlung darf aber nur erfolgen, wenn die jeweiligen landesrechtlichen Regelungen die Erhebung der Daten erlauben.

(Beifall von der FDP und der SPD – Thorsten Klute [SPD]: Genau so ist es!)

Zudem dürfen die Daten nicht an die jeweiligen Stellen der Länder übermittelt werden, wenn der junge Mensch der Übermittlung widerspricht. Auf dieses Widerspruchsrecht ist natürlich hinzuweisen.

In Nordrhein-Westfalen fehlt jedoch nach wie vor die landesrechtliche Grundlage. Dabei wurde die technische Übertragungsmöglichkeit SDN zur Datenübermittlung zwischen den Ländern und der Bundesagentur längst eingerichtet. Ohne die Umsetzung der Datenübermittlung sind junge Menschen ohne Anschlussperspektive aber nur schwer oder gar nicht zu ermitteln und zu erreichen.

Auch angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns nicht mehr leisten, dass junge Menschen ohne Anschlussperspektive unerreichbar bleiben. Wir müssen ihnen den Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglichen.

Die Diskussion ist auch nicht neu. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sowie die Kammern drängen schon lange auf eine landesrechtliche Umsetzung der Datenübermittlung.

Bei einer Reihe von Veranstaltungen in den letzten Jahren hat auch die Landesregierung bzw. Minister Laumann selbst eine Lösung angekündigt.

Deshalb ist es absolut unverständlich, dass wir in unserem Land noch immer kein geregelt Verfahren haben. Die Landesregierung verweist bei Anfragen nur auf ihre sonstigen Anstrengungen beim Übergang von Schule zu Beruf. Das kann aber kein Grund sein, um eine überfällige Regelung zur Datenübermittlung weiter auf die lange Bank zu schieben. Handeln Sie jetzt, Herr Minister Laumann! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann sie nur lieben, die Europäische Union. Von den-

selben Herrschaften, die Ihnen Insektenmehl in Nahrungsmitteln vorstellten, die das Verbrenner-Aus für die Autonation Deutschland befeuert haben und die Ihnen auf jeder Website einen Datenschutz-Cookie präsentieren, kam 2016 die Datenschutz-Grundverordnung. Was Jean-Claude Juncker seinerzeit als Goldstandard des Datenschutzes beschrieb, schafft in der Realität eine ganze Menge Elend.

Beispielsweise überlegte die Stadt Wien, als die Datenschutz-Grundverordnung kam, ob es überhaupt noch zeitgemäß sei und der Datenschutz-Grundverordnung entspreche, an Mehrfamilienhäusern Klingelschilder anzubringen, oder ob das nicht schon einen Verstoß gegen den europäischen Datenschutz darstellte. Der Postbote hätte anhand eines Zahlen-codes wissen oder zur Not raten müssen, hinter welcher Klingel an einem Gebäude sich unter Umständen welche Familie versteckt.

2018 erfolgte dann Entwarnung. Es gab einen Ausnahmetatbestand, der das dann doch wieder genehmigte. Man konnte also nach wie vor am Plattenbau Klingelschilder anbringen.

Die Europäische Union – stets lösungsorientiert. Während andere Regionen der Welt längst dabei sind, neue Handys und Künstliche Intelligenzen zu entwickeln, regulieren wir uns auf dem alten Kontinent zu Tode.

So ist es auch jetzt wieder. Wie kann man denn verstehen, dass den Menschen, die keinen Schulabschluss besitzen, zwar staatlicherseits durch die entsprechenden Einrichtungen geholfen werden könnte, dass es auch Förderprogramme für diese Menschen gibt und dass auf Bundesseite in den sonst etwas trägen Institutionen sogar die technischen Möglichkeiten geschaffen wurden, um die Daten zu übermitteln, aber dass das dann nicht geht, weil die Menschen im Einzelnen nicht zugestimmt haben, dass ihre Daten erhoben und weitergegeben werden?

Es geht also weiterhin um Ausnahmetatbestände, die man mühsam für jedes weitere in der Datenschutz-Grundverordnung aufpoppende Problem finden muss.

Während die SPD nun fordert, weitere Ausnahmetatbestände zu schaffen, um all die einzelnen kleinen Baustellen in der Datenschutz-Grundverordnung jeweils einzeln anzugehen, möchten wir einen anderen Ansatz wählen. Wir möchten nämlich die Europäische Union und ihre Gesetzgebung reformieren.

Was dort auf den Weg gebracht wurde, ist die Einheitslösung für alle. Das kann in einer Rechtsordnung wie derjenigen der Europäischen Union, in der so viele unterschiedliche Anwendungsgebiete zusammenkommen, nicht funktionieren.

Deswegen gilt es an dieser Stelle, nicht herumzudoktern. Ja, für diesen Einzelfall muss eine Lösung gefunden werden. Aber die Lösung dafür kann eben

nicht dieser Schritt sein. Die Lösung kann nur die Reform der Europäischen Union sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung hat nun Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier sofort einen Punkt klarstellen. Bei der Übermittlung von Daten junger Menschen ohne Anschlussperspektive ist der Sachstand folgender: Der Gesetzentwurf ist fertig und in der Ressortabstimmung. Heute ist der letzte Tag. Wenn die Ressortabstimmung heute Abend beendet ist, werden wir sehen, was die anderen Ressorts zu diesem Gesetzentwurf sagen, und werden das einarbeiten. Dann wird dieser Gesetzentwurf vom Kabinett in einer der ersten Kabinettsitzungen nach der Osterpause verabschiedet und dem Landtag Nordrhein-Westfalen zugeleitet.

Es hätte Ihres Antrages also gar nicht bedurft.

(Lena Teschlade [SPD]: Dann können Sie ja zustimmen! – Benjamin Rauer [GRÜNE]: Sie können ihn ja zurückziehen! – Jochen Ott [SPD]: Das ist betreutes Regieren! – Weitere Zurufe)

Wenn eine Kabinettsabstimmung in einer Landesregierung eingeleitet wird, ist das ja kein geheimes Kommando. Sie haben wahrscheinlich davon gehört

(Jochen Ott [SPD: Nee!])

und dann gedacht: Schreiben wir schnell einen Antrag, damit wir eine Aufforderung an die Landesregierung haben.

In der Sache ist aber alles gut. Das Gesetz wird vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen kommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Thorsten Klute [SPD]: Unsere haben Sie dabei!)

Zwei der sechzehn Bundesländer haben bisher eine gesetzliche Grundlage, alle anderen nicht. Blasen Sie die Backen mal nicht so auf.

(Thorsten Klute [SPD]: Wenn schon, die Wangen!)

Ein Land wie Hamburg, das Stadt und Land in einem ist, hat es in diesen Fragen auch etwas einfacher als ein Flächenland wie wir.

Aber es ist ohne Frage klar – das weiß doch jeder vernünftige Mensch –, dass wir vor allen Dingen von

denjenigen, die ohne Schulabschluss, also auch ohne Hauptschulabschluss, die Schule verlassen, wenn es eben geht, wissen müssen, wer das ist, um ihnen dann passgenaue Hilfsangebote machen zu können. Das ist doch vollkommen klar.

Es ist aber auch wiederum nicht so, als würden wir diese Menschen nicht erreichen. Denn Gott sei Dank haben wir in Nordrhein-Westfalen eine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Diese Schülerinnen und Schüler finden sich natürlich auch in den Kreisberufsschulen wieder, weil eine Verpflichtung besteht, zur Schule zu gehen.

Genau an diesem Ort hat – unabhängig davon, wie die Landesregierungen hier aufgestellt waren und welche Parteibücher die Arbeitsminister hatten – insbesondere das System „Kein Abschluss ohne Anschluss“ angesetzt, um diesen jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen.

Landesregierung und Regionalagenturen haben über Jahre hinweg für diesen Teil der jungen Menschen immer wieder auch erfolgreich Angebote zur Integration in den Ausbildungsmarkt gemacht, nämlich das Lehrstellenjahr, „Kurs auf Ausbildung“ und viele weitere Maßnahmen. Die Sozialpolitiker wissen, wovon ich rede. Sie wissen auch, welche enormen finanziellen Anstrengungen des Landes mit all diesen Programmen über viele Jahrzehnte verbunden waren.

Trotzdem freue ich mich auf die Zeit, die vor uns liegt,
(Thorsten Klute [SPD]: Und wir erst!)

weil wir jetzt eine andere Situation als noch vor Jahren haben. Wir haben jetzt in so gut wie allen Regionen Nordrhein-Westfalens mehr Ausbildungsplätze als Bewerberinnen und Bewerber um diese Ausbildungsplätze.

Diese Chance muss genutzt werden, um alle Menschen, wenn es eben geht, in eine Ausbildung zu bekommen. Denn eine Berufsausbildung ist – das ist ja völlig klar – auch für das Soziale wichtig. Schließlich sorgt eine Berufsausbildung dafür, dass man anschließend genug Geld verdient, um nicht zu den armen Menschen in diesem Land zu gehören.

Aufstieg über Bildung war immer ein großes Anliegen, das ich vertreten habe, das die mich stützenden Parteien vertreten haben und das die politische Mitte in Nordrhein-Westfalen vertreten hat. Wir müssen das jetzt umsetzen.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Minister Laumann, Sie dürfen weiterreden. Ich möchte Sie nur kurz unterbrechen und darauf hinweisen, dass es eine Zwischenfrage gibt, und zwar von dem Abgeordneten Herrn Ott.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Gerne. Das ist doch wunderbar.

(Heiterkeit von Jochen Ott [SPD] – Thorsten Klute [SPD]: Dann kannst du auch zwei stellen!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Das habe ich mir gedacht, Herr Minister.

Jochen Ott (SPD): Herr Minister Laumann, ich freue mich wahnsinnig, dass Sie sich freuen und ich eine Zwischenfrage stellen darf.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir freuen uns auch!)

Wir sind beide schon ein bisschen länger dabei. Bereits in der letzten Wahlperiode war der Datenschutz in diesem und auch in einem anderen Bereich – dazu kommt jetzt meine Frage – immer wieder Thema im Schulausschuss, im Wissenschaftsausschuss und im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Sie starten jetzt diese Initiative, die wir sehr begrüßen. Sind Sie im Kabinett dann auch bei der Frage des Datenschutzes beim Sozialindex ein Stück weiter? Denn wir haben genau wie alle Verbände immer gesagt: Wir brauchen sowohl beim Sozialindex an Schulen als auch beim Übergang Möglichkeiten. – Sie haben jetzt hier eine Tür geöffnet. Sehen Sie die Chance, an einer zweiten Stelle auch eine Tür zu öffnen?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Lena Teschlade [SPD]: Da musst du schnell einen Antrag schreiben; dann reagieren die!)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich sehe grundsätzlich immer Chancen, Türen zu öffnen. Aber die Sache mit dem Sozialindex werde ich schriftlich beantworten, bevor ich hier Blödsinn rede. Es tut mir leid. Ich habe es nicht drauf.

(Jochen Ott [SPD]: Ich würde mich freuen!)

– Ja. Sie bekommen eine schriftliche Antwort. Ich glaube, es ist ehrlicher, zu sagen, dass man mal eine Sache nicht aus dem Stegreif weiß, bevor man hier rumschwurbelt und jeder merkt: Es ist nicht besonders intelligent, was er jetzt sagt.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie sehen: Es ist alles auf einem guten Weg.

Natürlich ist die bundesgesetzliche Grundlage für dieses Gesetz schon länger da. Das weiß ich auch. Ich will hier auch ganz offen zugeben, dass in meinem Ministerium in den letzten Jahren vielleicht manchmal etwas liegen geblieben ist,

(Jochen Ott [SPD]: Es war nicht so leicht!)

weil zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsabteilung bei Corona andere Dinge zu machen hatten. Natürlich hätte diese Initiative etwas eher kommen können. Das muss man ganz offen sagen.

(Thorsten Klute [SPD]: Darum haben wir den Antrag geschrieben!)

– Sie haben den Antrag gestellt, als die Kabinettsbeteiligung schon eingeleitet war. Hören Sie auf! Ich weiß auch, wie es geht.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich war ja in meinem Leben gelegentlich auch – wegen unerklärlichem Wahlverhalten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung – Opposition.

(Heiterkeit – Jochen Ott [SPD]: Das stimmt!)

Als Oppositionsführer habe ich auch gewusst, was aus der damaligen Regierung in eine Kabinettsabstimmung ging. Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn, dass das für Sie eine Überraschung war.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich finde, dass wir uns jetzt gar nicht ärgern müssen. Das kommt.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch gut!)

Es kommt auch früh genug für das Ausbildungsjahr 2024/2025, wenn wir dann die Ausbildungsgarantie des Bundes haben.

(Zuruf von der SPD: Warum stellt man nicht einfach einen Entschließungsantrag?)

Schauen wir einmal, mit wie viel Geld der Bund dann diese Ausbildungsgarantie hinterlegt. – Schön Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Nach dieser doch sehr lebendigen Debatte, die wir hier erleben durften, geht es nun zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3665 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Ich frage selbstverständlich auch nach Enthaltungen. – Enthaltungen liegen nicht vor. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3665 abgelehnt.**

Wir kommen zu:

4 Augen auf beim Heizungstausch – Ein emissionsfreier Wärmemarkt kann nur mit, nicht gegen die Hauseigentümer umgesetzt werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3659

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP der Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte um das De-facto-Verbot von Öl- und Gasheizungen bereits ab dem Jahr 2024 hat Millionen von Eigenheimbesitzern, aber auch die Wohnungswirtschaft aufgeschreckt.

Zusätzlich zu den Änderungen bei der Grundsteuer sowie steigenden Kosten für Baustoffe, Energie und Handwerkerleistungen und höheren Zinsen verunsichern diese Pläne. Diese Verunsicherung ist sicher kein Fundament, um in den Wohnungsbau zu investieren.

Wir haben Einigkeit, dass wir auch im Gebäudesektor einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten können und müssen. Wir haben auch Einigkeit, dass wir uns aus der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten lösen wollen.

Wir sind gut beraten, die Immobilieneigentümer und -nutzer auf dem Weg zu diesen Zielen mitzunehmen und deshalb die Rahmenbedingungen für energetische Modernisierungen technologieoffen auszugestalten.

Für den Neubau sind Wärmepumpen derzeit sicherlich State of the Art. Allein aus Kostengründen werden in ca. 80 % der Neubauten heutzutage Wärmepumpen verbaut. Allerdings sind die neuen Gebäude aus den passenden Baustoffen errichtet und entsprechend gedämmt.

Wir wissen, dass auch deshalb in den nächsten Jahren der Bedarf an Strom massiv steigen wird. Und ja, wir wollen diesen Strom natürlich nicht aus Kohle, Öl oder Gas gewinnen, sondern aus einem Mix aus erneuerbaren Energiequellen.

Aufgrund des Mehrbedarfs müssen wir die Energieinfrastruktur und die Netze schnell ausbauen, damit überhaupt flächendeckend die energetischen Kapazitäten für den Betrieb von Wärmepumpen und anderen Heizungstechnologien in den Wohnhäusern geschaffen werden können.

Aber wir haben es eben nicht nur mit dem Neubau zu tun. Der größte Teil an Wohnbauten in unserem Land sind Bestandsgebäude, in denen vielfach noch

funktionierende Öl- und Gasheizungen verbaut sind – funktionierende, fachmännisch verbaute Heizungen.

Es macht wenig Sinn, aufgrund von ideologischen Vorgaben diese Systeme vorzeitig zu verschrotten – und schon gar nicht so kurzfristig.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist einfach falsch, was Sie sagen! Niemand soll verschrotten!)

Deshalb lehnen wir Freien Demokraten diese Zwangsverschrottung als Ressourcenvergeudung eindeutig ab,

(Beifall von der FDP)

weil bei den Bestandsbauten für die Installation einer Wärmepumpe nicht nur die Erwerbs- und Installationskosten anfallen, sondern auch die Kosten für zusätzliche Dämmung, Verlegung einer Fußbodenheizung und vieles mehr.

Ich kenne wenige, die diese schnell sechsstellig werdenden Kosten mal eben einfach so finanzieren können, selbst wenn sie die dafür erforderlichen Handwerker zeitnah in den jeweiligen Gewerken finden würden, selbst wenn sie die Wärmepumpe entsprechend kaufen könnten und selbst wenn der Energienetzbetreiber dann tatsächlich den Anschluss ermöglichen würde.

Beim geplanten Heizungstausch darf es keine Hau-ruckmethode geben. Davor warnt zu Recht auch die Wohnungswirtschaft. Der BFW-Präsident Dirk Salewski sagte:

„Die entstehenden horrenden Kosten müssen wir am Ende alle tragen. Sie übersteigen die Möglichkeiten der Eigentümer und die der Mieterinnen und Mieter. Und sie sind langfristig auch nicht durch die Staatskasse auszugleichen.“

Weiter sagt er:

„Was sozial nicht tragfähig und wirtschaftlich nicht darstellbar ist, ist auch nicht nachhaltig.“

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbote und Verordnungen allein sparen kein Gramm CO₂ ein. Über einen echten CO₂-Emissionshandel und über Förderprogramme können finanzielle Anreize gesetzt werden und die Eigentümer von Bestandsimmobilien als Partner bei der energetischen Transformation nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen gewonnen werden. Die Energiewende muss mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden und nicht gegen sie.

(Beifall von der FDP)

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sagte in dieser Woche im ZDF, er sei – ich darf zitieren – „in jeder Hinsicht maximal pragmatisch“.

Mit unserem Antrag zeigen wir auf, wie man wirksamen Klimaschutz und Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger vereinen kann. Das ist nicht nur maximal pragmatisch, sondern auch sozial, vernünftig und wirksam. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU spricht nun der Abgeordnetenkollege Herr Blumenrath.

Peter Blumenrath (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gebäudesektor ist ohne Frage einer der ganz großen CO₂-Emittenten in Deutschland und auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Früher gab es bei allen Gesetzesmaßnahmen eine sehr starke Konzentration auf den Neubau. Das war bei allen Regelungen und Vorschriften, die wir in den letzten Jahren im Bundestag, aber auch im Bundesrat beschlossen haben, der Fall.

Eher weniger tangiert war der Altbau. Hier gibt es sehr großzügige Austauschfristen – teilweise bis 30 Jahre – für die Heizungsanlage und sehr wenige konkrete Nachrüstpflichten für Dach und Kellerdecke. Zwar wird man immer dann, wenn es an die Bauteilanierung geht, auf den Neubaustandard gebracht. Aber da ist in den letzten Jahren leider nicht das passiert, was man sich gewünscht hat.

Deshalb ist es im Kern richtig, dass man den Bestandsbau bei der Betrachtung des Klimaschutzes mit in den Blick nimmt und sich genau überlegt: Was kann man da Kluges machen?

Der Antrag der FDP ist aber etwas irreführend. Denn das, was Sie sagen, ist leider inhaltlich falsch. Eine Wärmepumpe kann auch im Bestandsbau sehr wohl bis zu 80 % der CO₂-Emissionen reduzieren und damit eine deutliche Verbesserung der CO₂-Gesamtstruktur in unserem Land herbeiführen.

Natürlich gibt es da Ausnahmen – Unterflurkonvektoren, sehr kleine Heizflächen, verschiedene Konzentrationen. In manchen großen Altbauanlagen ist das knifflig. Deswegen muss man technologieoffen an diese Frage herangehen. Denn der Markt stellt eigentlich für jedes Problem eine passende Antwort zur Verfügung.

Aber im Großen und Ganzen kann man sagen: Die Wärmepumpe kann ein sehr effizienter Bestandteil dieses Systems sein.

(Angela Freimuth [FDP]: Das hat auch niemand bezweifelt!)

Diesen Ansatz hatte übrigens auch schon der CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er hat nämlich damals in seiner BAFA-Richtlinie gesagt: Wir möch-

ten, dass für 25 % der Heizlast eines Gebäudes eine Wärmepumpe installiert werden muss.

Die mathematische Schlussfolgerung war dann in der Regel, weil wir nicht immer minus 8 Grad haben, dass wir fast 80 % der Wärme über diesen regenerativen Wärmeerzeuger generieren können. Das ist nicht irgendeine Theorie. Diese Anlagen sind zahlreich gebaut.

Der Punkt war: Bei der BAFA-Förderung von Peter Altmaier gab es 50 %, wenn man sich dabei von einem Energieeffizienzexperten hat begleiten lassen.

Inzwischen ist es aber die Ampelregierung, die darüber entscheidet, wie BAFA-Fördermittel ausgestaltet werden.

Das Problem ist: Es gibt schlicht keine BAFA-Förderung mehr im Neubau. Es gibt ein Hickhack bei der KfW-Förderung im Neubau – mal wird es gefördert, mal nicht, jetzt gerade wieder schon. Es gibt aber gar keine Gashybridförderung mehr bei der BAFA.

Das ist äußerst schade. Es überfordert in der Tat Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und sorgt für Unruhe.

Insbesondere die neue Diskussion rund um die Frage „Welches Kältemittel enthält Ihre Wärmepumpe denn, R407, R410 oder R290?“ treibt die Leute schlicht in den Wahnsinn. Die Menschen verlieren die Lust, gegen den Klimawandel aktiv zu arbeiten.

Das führt dann sogar zum Gegenteil. Wir können in den verschiedenen Fachzeitschriften nachlesen, dass es einen großen Boom bei Gas- und Ölheizungen gibt. Genau das wollen wir mit der Diskussion eigentlich nicht erreichen. Deswegen ist es wie so oft, wenn man etwas gut meint, aber leider nicht gut macht, ein großes Problem.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bevor Sie die Berliner Ehestreitigkeiten in den Landtag von Nordrhein-Westfalen bringen, sollten Sie es doch einmal intern klären. Bringen Sie ein sauberes Konzept auf den Weg. Nehmen Sie die Menschen mit.

So machen wir das hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir sprechen mit den Akteuren. Wir haben eine klare Strategie für den Windausbau. Wir haben eine klare Strategie für den Wasserstoffausbau. Wir fördern die Ladeinfrastruktur, um E-Mobilität nach vorne zu bringen. Wir investieren jedes Jahr 350 Millionen Euro in diese Fragen – mit einem klaren Kompass.

Wir nehmen die Menschen mit. Wir begeistern sie für das Thema. Denn wir wissen: Klimaschutz funktioniert nur mit den Menschen und nicht, wenn sie jedes Mal eine neue Vorlage bekommen und am Ende keiner mehr versteht, was er eigentlich darf, was er nicht darf und ob er jetzt alleine stehen bleibt oder mitgenommen wird.

Ich sage Ihnen ganz offen: Dieser Antrag bringt keinen Mehrwert. Er bringt nur Zweifel und Zwiespalt. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD spricht nun der Kollege Herr Watermeier.

Sebastian Watermeier (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, das ist jetzt das zweite Mal, dass Sie versuchen, hier im Haus mit einem Antrag zu Meinungsverschiedenheiten in der Ampelkoalition flankierende Leistungen in Düsseldorf zu erbringen und Ihren Parteifreundinnen und -freunden in Berlin hilfreich zur Seite zu springen.

Eigentlich ist es ein ehrenhaftes Anliegen, die Beinfreiheit in der Opposition zu nutzen und hier in Düsseldorf Stimmung zu machen, um Ihre Leute in der bundespolitischen Debatte zu unterstützen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Ich erinnere an Ihren Antrag zum Thema „Indexmieten“ im letzten Plenum. Auch da haben wir Ihnen schon gesagt: So geht es aber doch nicht.

Selbstverständlich ist es notwendig, dass wir uns auch hier im Hause intensiv damit auseinandersetzen, wie die notwendige Wärmewende im bevölkerungsreichsten Bundesland umgesetzt werden kann und was wir in NRW dazu beitragen können.

Diese Diskussion kürzen Sie aber zumindest sehr deutlich ab, wenn Sie den Antrag hier zur direkten Abstimmung stellen. Gerade im Ausschuss für Bauen und Wohnen haben wir ja die gute Tradition, FDP-Anträge sehr intensiv zu beraten. Sie ermöglichen es uns immer, das auch im Rahmen von Sachverständigenanhörungen zu tun. Heute ist das nicht der Fall. Heute muss es für Sie schnell gehen. Das macht es schwierig.

Wir würden gerne über einen sozialverträglichen und gleichzeitig wirksamen und schnellen Weg zur Umstellung der Wärmeinfrastruktur diskutieren.

Wir würden gerne hinterfragen, warum in Norwegen bereits 2020 ein Verbot für den Einbau neuer Gasheizungen an den Start gebracht wurde, also ausgerechnet dort, wo es besonders kalt ist, wo der Gebäudebestand durchaus ein ähnliches Alter wie in Deutschland hat und wo auch Wärmeverluste im Bestand sich auf deutschem Niveau bewegen. In Skandinavien sind also Bedingungen offensichtlich teilweise anders.

Wir würden gerne darüber diskutieren, wie mit intelligenter Technologie und flexiblen Tarifen beim Strom

Wärmepumpen noch effizienter betrieben werden können. Wir würden uns auch gerne – das haben Sie völlig zu Recht angesprochen – über notwendige Fördermaßnahmen für Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer sachlich unterhalten. All das ist heute in der Kürze der Zeit nicht wirklich möglich.

Sie tragen jetzt zu einer zum Teil völlig grundlos aufgeladenen Diskussion der vergangenen Wochen bei, bei der es Extremperspektiven gegeben hat. Überspitzt formuliert: Ab dem 1. Januar 2024 sind alle Gasheizungen sofort verboten; wir schalten quasi in den Selbsterstörungsmodus; die gesamte bisherige Wärmeinfrastruktur wird entwertet. – Das ist natürlich nicht so. Die öffentliche Kommunikation nicht abgestimmter Vorschläge, die die soziale Dimension der Wärmewende unzureichend berücksichtigen, hilft aber auch nicht. Das ist völlig klar. Das ist die Debatte, die wir in den vergangenen Wochen erlebt haben.

Jetzt hat sich die Ampel in Berlin zusammengesetzt ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege Watermeier, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von dem Abgeordneten Herrn Loose von der AfD.

Sebastian Watermeier (SPD): Ich trage im Zusammenhang vor, Frau Präsidentin. Danke.

Seit vorgestern haben wir das Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung vorliegen. Zugegeben: Der Knoten ist in Berlin immer noch nicht endgültig durchschlagen worden. Aber es gibt eine einvernehmliche Absichtserklärung der Ampelparteien, in der es heißt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Es wird darauf geachtet, dass ein technologieoffener Ansatz verfolgt wird und dass ausreichende Übergangszeiträume zur Verfügung stehen.“

Wir werten das jetzt mal als gute Ausgangsbasis.

(Angela Freimuth [FDP]: Wir auch!)

Wir wollen die notwendige Diskussion in Nordrhein-Westfalen gerne weiterführen, wenn ein konkreter Gesetzentwurf vorliegt.

Für Ihren Antrag sehen wir, insbesondere vor dem Hintergrund der in Berlin getroffenen Vereinbarung, zurzeit deshalb keine Notwendigkeit. Wir werden uns enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Es wurde eine Kurzintervention von Herrn Loose ange-

meldet. Sie können darauf selbstverständlich von Ihrem Platz aus eingehen, Herr Kollege Watermeier.

Ich schalte Ihr Mikrofon jetzt an, Herr Abgeordneter Loose.

Christian Loose^{*)} (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Watermeier, Sie haben das Beispiel Norwegen gebracht und gesagt, dass es dort viel kälter und deshalb unsinnig sei, Stromheizungen zu nutzen. Jetzt ist es aber so, dass in Norwegen der Anteil der Energieträger an der Stromerzeugung ganz anders aussieht als in Deutschland. Speicherwasser, also im Grunde das aus den wunderbaren in den Bergen gefüllten Seen, hat dort in der Regel einen Anteil von etwa 80 % und Laufwasser von 10 %. Das schwankt immer mal je nach Regenmenge, aber da haben Sie 90 % Wasserkraftwerke. Wo wollen Sie denn diesen günstigen Strom in Deutschland hernehmen? Wie viele Wasserkraftwerke haben Sie denn hier in Deutschland, um günstigen Strom herzustellen? Wenn Sie schon von den Stromheizungen in Norwegen erzählen, dann müssen Sie auch erzählen, dass es dort ganz andere Voraussetzungen gibt, günstigen Strom zu produzieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege Watermeier, wenn Sie darauf eingehen möchten, dann müssten Sie sich einklicken, damit ich Ihr Mikro freischalten kann.

Sie haben das Wort.

Sebastian Watermeier (SPD): Wunderbar. Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Loose, ich bin nicht der Antragsteller. Von daher fände ich es gut, wenn Sie sich in der Debatte schwerpunktmäßig mit dem Antragsteller auseinandersetzen und mit ihm über den Antrag diskutieren würden.

Aber um Ihre Frage zu beantworten, was ich aus Respekt vor den parlamentarischen Gepflogenheiten natürlich tue: Wir erleben doch gerade in Deutschland einen sich stark verändernden Strommarkt, der über den Ausbau erneuerbarer Energien natürlich auch eine deutlich größere Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien bringen wird. Die wird natürlich zum Einsatz kommen, um die Wärmewende zu gestalten. Die Frage ist dann natürlich, wie Zeitpläne und Ausbaupläne aussehen. Wir können auch gerne darüber diskutieren, ob in Nordrhein-Westfalen Ausbauziele erreicht werden. Aber am Ende ist dabei doch die Fragestellung mitzudenken, wie der Strommarkt in Zukunft aussieht.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Wir kommen zum nächsten Redner. Für die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Abgeordnetenkollege Herr Röls.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt bring mal Licht ins Dunkle!)

Michael Röls^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir sind beim Klimaschutz an einem Punkt, an dem wir aufgrund der Herausforderungen, vor denen die Klimakrise uns stellt, zu Maßnahmen greifen, die die Menschen spüren. Es wird jetzt richtig ernst. Die Wärmewende ist eine davon, ist ein Bereich, in dem Menschen das spüren. Je mehr Menschen in ihrem alltäglichen Leben ganz persönlich die Auswirkungen von Transformation spüren, desto herausfordernder wird die ganze Angelegenheit.

In dieser Situation entscheidet sich die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen nicht dafür, dazu beizutragen, dass diese Herausforderung gemeistert wird, sondern sie legt einen Antrag voller falscher Aussagen über die Gesetzesvorhaben in Berlin und fachlicher Fehler vor, der nur zur Verunsicherung beiträgt und eine ohnehin total emotionalisierte Debatte weiter von der sachlichen Ebene entfernt. Das wird unserer Verantwortung bei dieser Herausforderung nicht gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass Sie sich, als Sie den Antrag schrieben, nicht haben vorstellen können, dass aus den Beratungen im Koalitionsausschuss das gemeinsame Bekenntnis zu diesem Vorhaben, zu dem, was auch schon im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, herauskommt und man sagt: Wir drei Ampelkoalitionäre in Berlin stehen dazu. Wir machen das GEG. – Vor diesem Hintergrund ist es ein bisschen wie ein Schuss in das eigene Knie, wenn man mit so einem Antrag dagegen poltert, obwohl man eigentlich dafür sein müsste. Da haben Sie Christian Lindner auf jeden Fall einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anders, als in dem Antrag behauptet wird, ist es zum Beispiel so, dass es keine Technologieverbote gibt, sondern es wird ein Anteil der Nutzung von erneuerbaren Energien bei neuen Heizungen vorgeschrieben. Das ist technologieoffen. Es gibt Rahmenbedingungen, und nicht jede Technologie erfüllt die, aber in diesem Rahmen ist das technologieoffen.

Sie suggerieren in Ihrem Antrag, dass umfangreichste Sanierungsarbeiten obligatorisch wären, damit überhaupt eine Wärmepumpe infrage kommen könnte. Aber nein, in vielen Fällen braucht es eben keine Fußbodenheizung. Natürlich ist das besser für die Effizienz, und wir brauchen eine hohe Sanierungsquote. Das ist doch klar. Es ist auch unabhängig von der Wärmepumpe, dass wir sanieren müs-

sen. Aber immer wieder zu erzählen, dass das obligatorisch wäre, was in den allermeisten Fällen nicht richtig ist, finde ich wirklich problematisch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Völlig klar ist auch, dass mit dieser Gesetzesnovelle pragmatische Übergangsfristen und eine umfangreiche flankierende Förderung einhergehen, damit wir niemanden zurücklassen. Der Fokus liegt dabei auf kleinen und mittleren Einkommen, aber auch auf Mieterinnen und Mietern, auf die die Transformation ebenfalls Auswirkungen haben wird.

Noch ein Hinweis: Nur immer auf die Investitionskosten zu schauen und die Betriebskosten komplett außer Acht zu lassen, ist mit Sicherheit keine sinnvolle Herangehensweise, wenn es um eine neue Heizung geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nein, niemand wird einfach so in den Keller von Hauseigentümern gehen und eine funktionierende Heizung ausbauen – selbst dann nicht, wenn diese kaputt und reparierbar ist. Auch für Mehrfamilienhäuser sind großzügige Entscheidungsfristen geplant.

Ich meine, wir alle können in der Debatte wieder ein bisschen runterkommen, zurück zur Sachlichkeit, und festhalten: Bei der Reform des Gebäudeenergiegesetzes geht es nicht um Technologieverbote, nicht um Ideologie, nicht um einen überstürzten Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen. Das GEG setzt hingegen klare Investitionsanreize, denn es geht hier um das Ziel der Klimaneutralität und einen Baustein für eine lebenswerte Zukunft.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass es gut ist, dass auch die FDP in Berlin jetzt erklärt hat: Ja, das ist der richtige Weg. Das machen wir gemeinsam. Erneut bekennen wir uns dazu. – In diesem Sinne sollten wir das für ein Gelingen der Wärmewende auch in NRW gemeinsam vorantreiben.

Es wäre besser, Sie würden Ihren Antrag zurückziehen. Wenn Sie das nicht tun, lehnen wir ihn aus voller Überzeugung ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Loose.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zum Nebelkerzenantrag der FDP. Angeblich will die FDP eine Technologieoffenheit. Betrachten wir die Debatte der Ampel an diesem Wochenende und schauen in den von der FDP unterschriebenen Koalitionsvertrag im Bund. Ich zitiere:

„Zum 1. Januar 2025 soll jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden; [...]“

Diese von der FDP unterschriebene Aussage bedeutet am Ende: Nur noch Wärmepumpen sind erlaubt – mit Einbaukosten von mindestens 40.000, 50.000 Euro für ein Einfamilienhaus, mit hohen Betriebskosten dank der sogenannten Energiewende, Herr Watermeier.

In Norwegen – Wasserkraft ist dort extrem günstig – liegt der Haushaltsstrom bei etwa 13 bis 14 Cent/kWh. In Deutschland sind wir nicht einmal bei 30 oder 40 Cent/kWh, sondern dank Ihrer Energiewende inzwischen deutlich darüber.

Es ist also nichts mit Technologiefreiheit, auch nicht bei der FDP. Die will das Gleiche wie der weltfremde Robert Habeck, nur ab 2025, ein Jahr später also. Im Volksmund nennt man ein solches Verhalten wie? Richtig: Heuchelei.

Aber nun hat die FDP den Bürgern noch einen weiteren Knochen hingeworfen. Zukünftig sollen auch Gasheizungen erlaubt sein, wenn diese mit sogenanntem Biogas oder mit Wasserstoff betrieben werden.

Zum einen gibt es am Markt überhaupt keine Gasheizungen für Einfamilienhäuser, die 100 % Wasserstoff nutzen können. Die Häuser verfügen auch nicht über die Gasleitungen, die mit Wasserstoff umgehen können. Dann würde der Wasserstoff einfach entweichen bzw., wie der Experte sagt, diffundieren. Zum anderen gibt es in Deutschland nicht einmal einen Bruchteil des Wasserstoffs – Wasserstoff kommt nicht auf natürlichem Wege daher, sondern muss hergestellt werden –, der erforderlich wäre, um all diese Heizungen zu betreiben.

Selbst wenn irgendwann mal die Technik da wäre, um 100 % Wasserstoff für die Heizung zu nutzen, und Wasserstoff in ausreichender Menge produziert werden könnte, wäre die Verbrennung von Wasserstoff immer noch drei- bis viermal so teuer wie das Verbrennen von Erdgas.

Kommen wir zum sogenannten Biogas: Das sogenannte Biogas wird insbesondere durch die Vergärung von Energiemais gewonnen. Doch auch hier gibt es nicht genügend landwirtschaftliche Flächen, um überhaupt so viel Energiemais anzubauen. Selbst wenn wir genügend Flächen für den Anbau von Energiemais hätten und genügend sogenanntes Biogas herstellen könnten, wäre dieses künstlich hergestellte Gas immer noch etwa viermal so teuer wie das natürliche Erdgas.

Auch hier zeigt sich: Die klassische Gasheizung mit Erdgas ist nicht nur im Jahre 2023, sondern aller Voraussicht nach auch 2045 immer noch die wirtschaftlichste Heizungsform, die wir kennen. Dennoch scheint klar: Was wirtschaftlich ist, das muss weg. So

verbieten die Grünen, die SPD und auch die FDP die klassischen Heizungen. Sie nehmen den Bürgern damit das demokratische Recht, in einer freien Entscheidung die günstigste Heizung auszuwählen.

Was wirtschaftlich ist, das muss weg – so das Standardverfahren der FDP in den vergangenen Jahren. So ist es mit den klassischen Autos, so ist es mit der Heizung, so ist es mit den Kernkraftwerken. Technologieverbot hat einen Namen, meine Damen und Herren: FDP.

Noch einmal: Die klassischen Heizungen dürfen dank FDP nur noch mit synthetischem Gas in Form von Wasserstoff oder sogenanntem Biogas betrieben werden. Damit verteuern sich die Betriebskosten der Heizung um das Drei- bis Vierfache.

Die klassischen Autos dürfen dank FDP nur noch mit synthetischen Kraftstoffen, also mit E-Fuels, betrieben werden. Damit verteuern sich die Betriebskosten der Autos um das Drei- bis Vierfache.

Die klassischen Energieerzeuger dürfen dank FDP in der Zukunft gar nicht mehr betrieben werden. Den Ausstieg aus der Kernkraft hat die FDP 2011 beschlossen. Den Ausstieg aus der Kohlekraft hat die FDP 2020 beschlossen. Auch damit haben sich die Stromkosten in Deutschland an der Börse von 2017 bis heute vervielfacht.

Am Ende werden sich diese Politik der FDP nur noch die Reichen leisten können, der Rest ist arm, aber klimaneutral. Die normale Bevölkerung hat damit nur noch eine Partei, die ihre Interessen vertritt, die Alternative für Deutschland.

Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung spricht nun Minister Krischer in Vertretung von Ministerin Neubaur.

Oliver Krischer^{*)}, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Gestaltung und Umsetzung der Wärmewende ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung auf dem Weg zur Klimaneutralität, denn schließlich ist der Wärmesektor für 30 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Hier besteht dringend Handlungsbedarf, wenn wir die Klimaneutralität erreichen wollen. Es ist völlig klar, dass so etwas nicht von alleine erreicht wird, sondern dass hier gesetzliche Grundlagen, flankierende Maßnahmen, Förderung und vielfältige Aktivitäten erforderlich sind.

Meine Damen und Herren, in der Tat, ist in den vergangenen Wochen und Monaten über dieses Thema viel diskutiert worden. Ich denke, es ist wichtig zu

betonen: Wenn man heute, im Jahr 2023, eine Heizung einbaut, die allein mit fossilen Brennstoffen betrieben werden kann, passt das nicht zur Klimaneutralität im Jahr 2045, weil diese Heizung 30 Jahre laufen wird. Deshalb gibt es hier Handlungsbedarf, meine Damen und Herren.

Ich bin froh – man kann über viele Details streiten und diskutieren –, dass die Bundesregierung hier jetzt aus Gründen des Klimaschutzes die notwendige Klarheit geschaffen hat. Aber – und das sollten wir auch nicht vergessen – wir haben ein Jahr hinter uns, in dem wir große Zweifel hatten, ob es uns überhaupt gelingen wird, in diesem Winter für die Menschen die nötigen Gasmengen bereitzustellen. Deshalb sollte es eigentlich klar sein, dass es unser gemeinsames Interesse ist, von der Abhängigkeit von Erdgaslieferungen wegzukommen. Das, meine Damen und Herren, ist auch Politik der Landesregierung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Hier ist gerade schon viel über die Alternativen gesprochen worden, wie etwa Wärmepumpen. Es gibt auch Stromdirektheizungen, Biomassekessel, Hybridheizungen usw. Es gibt viele technische Alternativen, um hier zur Klimaneutralität zu kommen. Es ist ganz wichtig, dass es hier jetzt tatsächliche Planungssicherheit gibt.

Unsere Aufgabe als Landesregierung besteht auch darin – und diese Aufgabe nimmt die Landesregierung wahr –, für die beteiligten Akteure Unterstützung zu leisten. Es gilt zum Beispiel, Netzwerke für Industrie und Handwerk zu schaffen, damit Know-how-Austausch stattfindet und damit das, was jetzt an Investitionen notwendig ist, getätigt werden kann.

Es ist wichtig, dass wir die betroffenen Menschen beraten und unterstützen. Das machen wir mit Beratungsangeboten der Verbraucherzentrale und der Landesgesellschaft „NRW.Energy4Climate“. Dazu gehört sehr viel mehr – jeder, der sich mit dem Thema auseinandersetzt, weiß das – als nur der Austausch eines kaputten Heizungskessels. Es gehört mit dazu, dass wir über die Gebäudehülle und über eine Verbesserung der Gebäudesubstanz reden.

Deshalb haben wir das Kompetenzzentrum Wärmewende neu geschaffen, das breite Beratungs- und Unterstützungsangebote nicht nur für Einzelraumheizungen, sondern auch für die Dekarbonisierung von Wärmenetzen kommunaler Stadtwerke bietet. Auch für viele andere Themen, die hier in Rede stehen, gibt es entsprechende Unterstützung.

Wir haben außerdem die Fortbildungsprämie Wärmepumpe, um vor allen Dingen das Handwerk zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die entsprechende Kompetenz für den Wärmepumpenausbau, aber auch für die anderen Technologien zur Ver-

fügung steht. Ich kann Ihnen berichten, dass dieses Bildungsangebot sehr stark nachgefragt wird.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis im Hinblick auf den Antrag, der ja sehr stark auf den Emissionshandel abhebt. Das ist sicherlich ein wichtiges und spannendes Thema. Wir haben einen nationalen Emissionshandel, aber aus Sicht der Landesregierung ist es nicht zielführend, diesen weiterzuentwickeln und als alleiniges Anreizinstrument für die Wärmewende zu sehen. Das würde zu exorbitanten Energiepreisen führen, das würde zu einer Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der entsprechenden Branche führen.

Deshalb setzen wir darauf – was nach meinem Eindruck in der Berliner Ampel auch Konsens ist und von der Europäischen Union schon vorangetrieben wird –, einen europäischen Emissionshandel für den Verkehrs- und Gebäudesektor zu entwickeln, den bekannten ETS II. Das ist anders, als der Antrag suggeriert, unsere Antwort auf die Weiterentwicklung des Emissionshandels.

Mir scheint es so zu sein, dass dieser Antrag vor der Sitzung des Koalitionsausschusses in Berlin entwickelt worden ist und jetzt ein bisschen aus der Zeit gefallen wirkt. Deshalb findet die Landesregierung es nicht hilfreich, diesen Antrag zu beschließen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, somit kommen wir zum Schluss der Aussprache und gehen über zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Somit stimmen wir über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3659 ab. Ich frage: Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer enthält sich? – Die Fraktion der SPD.

(Jule Wenzel [GRÜNE]: Ein Trauerspiel! – André Stinka [SPD]: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3659 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

5 Medikamentenversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen – Lieferengpässen entgegenwirken.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3649

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragsstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Immer mehr Menschen kommen mit den Folgen der Medikamentenengpässe in Kontakt. Das kann ärgerlich sein, wenn es das Blutdruckmedikament betrifft, das dann durch ein anderes ersetzt werden muss; das kann brisant werden, wenn man im Notdienst vor der Apothekerin steht und der Fiebersaft für das Kind nicht mehr da ist; und es kann lebensgefährlich werden, wenn – wie auch schon vorgekommen – wichtige Zytostatika, also Krebsmedikamente, nicht mehr vorrätig sind.

Dass sich der Frust an den Apothekerinnen und Apothekern im Land entlädt, ist völlig deplatziert, denn sie können am allerwenigsten dafür. Tatsache ist: Die Lieferengpässe haben multiple Ursachen, und multiple Probleme stehen dahinter. Es zum einen die Verengung der Produktion auf sehr wenige Lieferstätten, und es ist zum anderen die Lieferkettenproblematik, weil wir uns mittlerweile auf die Produktion in sehr günstigen Ländern wie China und Indien verlassen und ein Großteil der Produktion dahin verlagert wurde. Es sind aber auch die Rabattverträge und die Rabattierungen in unserem System, die dazu zwingen, sich die günstigsten Medikamente auszusuchen.

Ja, es ist richtig, es ist erkannt worden – zum Glück. In der vorigen Legislaturperiode haben wir einen Antrag dazu gestellt, der damals viele derjenigen Ideen schon vorwegnahm, die jetzt von Bundeseite aufgegriffen werden. Einige der Dinge werden dort bereits umgesetzt.

Allerdings: Hört man sich genauer in der Fachwelt um, so ist der Gesetzentwurf, der von Bundesgesundheitsminister Lauterbach vorgelegt wurde, in etwa so fragwürdig wie einige Passagen seines Lebenslaufs. So heißt es – wenn man die Spitzenverbände der Krankenkassen anhört – unter anderem, dass man nicht auch noch diejenigen unterstützen sollte, die mit ihrer Produktionspraxis die Medikamente unter Umständen verteuern. Man sollte ihnen nicht noch mehr Geld dafür geben, dass sie die europäische Produktion verlassen haben und besonders günstig in anderen Ländern produzieren. Es heißt außerdem – und das ist vielleicht noch dramatischer –, dass die Regelung frühestens im August zum Tragen kommt.

Jetzt wissen Sie aber alle genauso gut wie ich, dass sich durch die Coronazeit, durch die Maßnahmen bei den jahreszeitlichen Erkrankungen vieles verändert hat. Die Grippewelle betrifft nicht mehr nur noch den Winter. Die Erkältungskrankheiten sind nicht nur der kalten Jahreszeit zuzuschreiben. Auch jetzt gibt es

viele kleine Kinder, die wieder mit schweren Erkältungskrankheiten die Krankenhäuser aufsuchen. Die Lücke, die zwischen dem 6. April und August entsteht, wird aktuell nicht gefüllt.

Von daher an dieser Stelle unser Antrag: Es könnte in Nordrhein-Westfalen gesetzlich geregelt werden, dass man die Übergangsregelung, die am 6. April ausläuft, verlängert und über den August hinaus zum Tragen kommen lässt, sodass Apotheker und Apothekerinnen überhaupt in die Lage versetzt werden, beispielsweise die Packungsgröße zu ändern – was dann nicht mehr möglich wäre –, auf vergleichbare Präparate mit ähnlichem Wirkstoff auszuweichen oder einige Wirkstoffe inhouse zu produzieren. All das wäre mit dem Auslaufen der Übergangsregelung aus Coronazeiten unter Umständen nicht mehr möglich. All das bringt aktuell das Gesetz von Gesundheitsminister Lauterbach mit auf den Weg.

Sie haben also heute hier die Möglichkeit, hinsichtlich der Landesregelungen einem Antrag zuzustimmen, der die Apothekerinnen und Apotheker in diesem Land in die Lage versetzt, diese Übergangsregelung auch weiterhin zu nutzen, die Brücke bis August zu schlagen und die Menschen vor Ort weiter versorgen zu können. So müssen sie sich deren Unmut – der eigentlich an anderer Stelle bekundet werden sollte – vor Ort nicht länger anhören.

Ich fordere Sie daher auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Er ist zumindest ein erster wichtiger Schritt. Über das, was aktuell auf Bundesebene hinaus geregelt wird, sollten wir uns in einiger Zeit noch einmal unterhalten. Denn viele der Dinge, die jetzt in der Bundesgesetzgebung geregelt werden, werden am Ende nicht dazu beitragen, dass wir zu einer allgemein sicheren Struktur in der Medikamentenversorgung kommen. Aktuell werden wie gesagt nur diejenigen belohnt, die besonders günstig produzieren und unter Umständen noch doppelt verdienen. Das muss ein Ende haben.

Wir sind dafür – wie wir es übrigens in der vorigen Legislaturperiode schon gefordert haben –, viele der lebenswichtigen Produktionen, die im Notfall für uns von Wichtigkeit sind, wie beispielsweise die von Antibiotika, Schmerzmitteln und Zytostatika, wieder zurück in die Europäische Union zu verlagern.

Damals haben Sie es verlacht, jetzt wird es überall diskutiert. Das sollte ein wichtiger Schritt sein. Denn gerade die aktuelle globalpolitische Situation zeigt uns doch, wie fragil Lieferketten sind. Uns jetzt in die nächste Abhängigkeit von China zu begeben, lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnete Herr Blöming das Wort.

Jörg Blöming (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln obliegt den Apotheken aufgrund bundesgesetzlicher Regelung. Das ist in § 1 Apothekengesetz geregelt.

Des Weiteren müssen pharmazeutische Unternehmen und vollversorgende Arzneimittelgroßhandlungen eine bedarfsgerechte und kontinuierliche Belieferung des Regelsystems gewährleisten. Das regelt § 52b Arzneimittelgesetzes.

Im Rahmen dieses Systems kann es zu Lieferengpässen kommen. Kurz erklärt: Ein Lieferengpass ist eine über voraussichtlich zwei Wochen hinausgehende Unterbrechung einer Auslieferung im üblichen Umfang. Nicht jeder Lieferengpass führt jedoch direkt zu einem Versorgungsmangel.

Die aktuelle Situation macht uns dabei sehr deutlich, wie unverzichtbar eine gute Gesundheitsversorgung ist. Zusätzlich zu den Belastungen aus Corona und der Energiekrise beschließt der Bund eine noch stärkere Belastung der pharmazeutischen Hersteller.

In dem Beschluss der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zu Engpässen in der Arzneimittelversorgung heißt es:

„Die Aufmerksamkeit sollte darauf liegen, durch eine angemessene Erstattungspreispolitik, ein attraktives regulatorisches Umfeld und einen effektiven Schutz des geistigen Eigentums bestehende Arzneimittel- und Wirkstoffproduktionen zu erhalten und Neuansiedlungen zu fördern, insbesondere um Versorgungsengpässen entgegenzuwirken. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass wesentliche Anteile der Arzneimittel- und Wirkstoffproduktion durch geeignete Maßnahmen wieder in die Europäische Union zurückverlagert werden, und im Besonderen auch die (Wieder-)Ansiedlung von Produktion in Deutschland durch attraktive Rahmenbedingungen zu forcieren.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben es mehrmals deutlich heraushören können. Gefordert sind hier der Bund und die EU. Zumindest einen ersten Schritt auf europäischer Ebene hat die Bundesregierung bereits getan und sich am Important Projects of Common European Interest beteiligt, einem der wichtigsten Zukunftsprojekte zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Deutschland und in Europa.

Diese Beteiligung ist ein wichtiges Signal für den Industriestandort Deutschland und die industrielle Gesundheitswirtschaft. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass die Bundesländer in diesem großen Ganzen ihr eigenes Süppchen kochen.

Daher lehnen wir die Forderung des vorliegenden Antrags konsequent ab. Es braucht keine eigene zentrale Stelle im nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium, die sich um Medikamentensicherheit kümmert, denn Lieferengpässe sind in der Regel nicht regional begrenzt.

Beim Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte wurde bereits eigens ein Gremium für Lieferengpässe und die zu ergreifenden Maßnahmen eingerichtet. Das Heft des Handelns liegt hier ganz klar auf Bundesebene und nicht beim Land.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank, Herr Kollege Blöming. – Herr Kollege Serdar Yüksel hat das Wort. Viel Spaß am Rednerpult.

Serdar Yüksel¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, das wir heute aufrufen, ist nicht neu. Wie Sie wissen, Herr Dr. Vincentz, haben wir im Gesundheitsausschuss das Thema „Medikamentenversorgung“ immer wieder diskutiert – vor Corona, nach Corona, inmitten von Corona.

Deutschland, das einmal die Apotheke der Welt war, hat auch durch die Discounterpolitik der letzten Jahre dafür gesorgt, dass viele der am häufigsten verschriebenen Medikamente nun nicht mehr in Deutschland und Europa produziert werden, sondern in China und Indien. Acht der zehn am häufigsten verschriebenen Medikamente werden inzwischen in Indien und China produziert.

Ein ganz banales Beispiel: In Indien gab es in einer Fabrik, die Antibiotika hergestellt hat, einen Brand. Das Antibiotikum Tazobac war dann über Monate nicht lieferbar, was zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat. Ich glaube, wir brauchen im Gesundheitssystem einfach ein Umdenken, aber wir brauchen keine nordrhein-westfälische oder deutsche, sondern eine europäische Lösung. Sie haben in Ihrer Rede ein bisschen verächtlich über Europa gesprochen. Bei diesem und auch bei anderen Themen sehen wir: Es gibt am Ende keine nationalstaatliche oder inner-nordrhein-westfälische Lösung, sondern nur eine europäische Lösung.

(Beifall von der SPD)

Das Zweite ist, dass die Forderungen, die Sie gestellt haben, schon längst vom Bundesgesundheitsministerium aufgenommen worden sind. Sie haben ja auch schon auf den Gesetzentwurf hingewiesen. Die Krankenkassen haben auch schon Inhalte des Gesetzentwurfes vorweggenommen und Maßnahmen ergriffen, um eine Stabilität der Medikamentenversorgung zu gewährleisten. Das sind die richtigen Ansätze.

Es bedurfte somit also nicht Ihres Antrages, um das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das hat der Bundesgesundheitsminister gemacht. Wir werden wachsam darauf schauen, dass dieser Prozess der Medikamentensicherheit und der Medikamentenversorgung weitergeht, und ich bin auch ganz zuversichtlich, dass wir alle aus den Lieferengpässen, aus den gestörten Lieferketten und vielen anderen Problemen, die vielleicht in der Zukunft noch auf uns zukommen, sowohl in Deutschland als auch in Europa gelernt haben und noch lernen werden.

Deshalb lehnen wir Ihren Antrag voller Überzeugung ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Das Wort hat nun für die Fraktion der Grünen die Kollegin Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieferengpässe beobachten wir weltweit bei zahlreichen Medikamentengruppen. Lieferengpässe bedeuten einen erheblichen Mehraufwand für Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker und eine große Verunsicherung für Patientinnen und Patienten und gerade auch für viele Eltern von kranken Kindern.

Die Ursachen von Lieferengpässen – das haben wir in den Debattenbeiträgen gehört – sind vielfältig. Im Kern hat der Kostendruck im Gesundheitswesen zu einer Globalisierung des Arzneimittelmarktes geführt. Wir sind heute auf globale Lieferketten angewiesen. Das wollen wir ändern.

Der Bundesgesundheitsminister hat im Referentenentwurf erste Vorschläge auf den Tisch gelegt. Auch das haben wir eben schon gehört. Insbesondere eine Diversifizierung der Lieferketten könnte hier einen Unterschied machen. Gleichzeitig stehen wir in der Debatte über die richtigen Maßnahmen zur Rückverlagerung von wichtigen Produktionslinien nach Europa erst am Anfang. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Was uns heute keinen Schritt weiterhelfen wird, ist der vorliegende Antrag. Das Land NRW hat für die vorgeschlagenen Maßnahmen häufig keine rechtlichen Kompetenzen, so gerne wir hier auch Änderungen einleiten würden. Auch wäre ein einseitiges Handeln der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht sinnvoll. Gerade in Zeiten von Lieferengpässen brauchen wir sicherlich keine Kampagne, durch die 16 Bundesländer den Medikamentenmarkt durch ländereigene Bevorratungsregelungen leerkaufen.

Auf Bundesebene macht es hingegen sehr wohl Sinn, wenn man bei zukünftigen Rabattverträgen mit den Krankenkassen eine mehrmonatige Lagerung

durch die Hersteller vorschreibt. So wird dann ein Schuh daraus.

Wir sehen: Die AfD hat hier nichts anzubieten, um die Lage der Menschen in diesem Land zu verbessern. Es wird auch nicht dadurch besser, dass Sie alle paar Jahre die gleichen schlechten Anträge vorlegen. Ich bitte Sie, den vorliegenden Antrag abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich wollen wir alle eine stabile Medikamenten- und Arzneimittelversorgung für die Menschen in unserem Land haben. Niemand wünscht sich Bilder von verzweifelten Eltern, die von Apotheke zu Apotheke laufen, um das entsprechende Medikament für ihre Kinder zu kriegen. Auch hörte ich von einem Fall, in dem für eine Brustkrebspatientin die Medikamente zur Nachsorge nicht vorrätig waren.

Alle zivildemokratischen Fraktionen haben schon sehr viel Richtiges zu diesem Antrag gesagt. Mich stört an diesem Antrag vor allem: Er ist eigentlich eine einzige Globalisierungs- und Kapitalismuskritik und fordert zu irgendwelchen Schnellschüssen auf. Dieses Thema kann man nicht im Klein-Klein lösen. Wie schon angesprochen wurde, handelt es sich definitiv um ein Bundesthema. Die Bundesregierung hat im BfArM bereits eine Stelle eingerichtet, die sich mit Versorgungsempässen beschäftigt, mit den Akteuren zusammenarbeitet und schaut, wie man das beheben kann.

Wir müssen das auf Bundesebene und mit unseren europäischen Partnern lösen. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen können wir es nicht lösen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung folgt nun Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich alles gesagt. Diese Problematik ist auf jeden Fall auf Landesebene nicht leicht zu lösen, weil man europäische Lösungen braucht.

Der zweite Punkt ist – das will ich an dieser Stelle einmal in die Debatte einführen –, dass Gesundheitspolitiker, egal, auf welcher Ebene sie unterwegs sind, immer etwas auf zwei Schultern tragen. Auf der

einen Seite tragen sie die Finanzierbarkeit des Systems. Wir haben jetzt einen Krankenkassenbeitrag von 16,2 %. Wir wissen, dass bei der Pflegekasse einiges auf uns zukommt. Wir wissen, dass unser Land in diesem Jahr mit Sicherheit deutlich die 40-%-Marke bei den Sozialversicherungsbeiträgen reißen wird, obwohl viele Jahrzehnte klar war, dass wir diese nicht überschreiten wollten. Wir haben zurzeit 46,6 Milliarden Euro nur in der GKV für die Arzneimittelversorgung.

Trotzdem hört man an jeder Stelle: Es ist zu wenig Geld da. Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Wir werden auch bei der Organisation sicherer Lieferketten, die dringend notwendig ist, natürlich die Frage der Wirtschaftlichkeit und des Ressourceneinsatzes sehr stark im Auge behalten müssen.

Deswegen wird es immer auch harte Verhandlungen der Krankenkassen mit den Leistungserbringern über die Preise geben müssen. Ich bekenne mich hier dazu – ich glaube auch nicht, dass das von klugen Menschen infrage gestellt wird –, dass wir schon darauf bestehen müssen, dass wir die Menschen mit guten und sicheren Medikamenten versorgen. Bei Wirkstoffgleichheit muss aber natürlich das preisgünstigste Medikament verordnet werden.

(Serdar Yüksel [SPD]: Falls es verfügbar ist!)

– Es muss sicher sein, verfügbar sein und verordnet werden.

Ich finde, wir haben in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland das große Glück – das will ich an dieser Stelle sagen –, dass wir mit der Präsenzapotheke vor Ort noch ein gutes Apothekennetz haben. Auch in der Zeit, als wir zum Beispiel keine Fiebersäfte hatten, haben uns viele Apothekerinnen und Apotheker sehr geholfen, indem sie in den Apotheken Medikamente entwickelt, weiterentwickelt haben, mit denen dann die Versorgung möglich war. In einer solchen Zeit sieht man, wie gut es ist, dass wir an der Präsenzapotheke festgehalten haben. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Angelegenheit.

Der Bund hat jetzt ein paar Entscheidungen bei Krebsmedikamenten und bei Kindermedikamenten getroffen. Man muss aber auch wissen, dass diese Entscheidungen, die ich alle für richtig halte, den gesetzlichen Krankenkassen zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe bescheren werden.

Deswegen geht es um das Tragen auf zwei Schultern. Der Krieg Putins gegen die Ukraine und auch die Pandemie haben sehr deutlich gemacht, dass wir mehr auf die Sicherheit unserer Lieferketten achten müssen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Wir müssen auch aufpassen, dass wir uns nicht allein wegen Geld von den Falschen abhängig machen. – In diesem Sinne: Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3649. Wer stimmt zu? – Die AfD-Fraktion stimmt zu. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist der **Antrag Drucksache 18/3649 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld nicht weiter verlängern – Verfahrenserleichterungen für Betriebe regulär im SGB III aufnehmen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3660

Ich eröffne die Aussprache und freue mich, dass die Kollegin Susanne Schneider von der FDP-Fraktion schon auf dem Weg ist.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts des Fachkräftemangels kann es nicht sinnvoll sein, den Verbleib qualifizierter Beschäftigter in gefährdeten Jobs zu subventionieren, während sie von anderen Betrieben dringend gesucht werden. Genau deshalb stellen wir mit diesem Antrag Sonderregelungen bei der Kurzarbeit infrage.

Aufgrund der Coronapandemie hat der Bund seit 2020 Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld eingeführt. So wurde die erforderliche Quote für die im Betrieb von Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten von einem Drittel auf nur 10 % abgesenkt. Auf den Einsatz von Arbeitszeitguthaben und Urlaub zur Vermeidung der Kurzarbeit wurde verzichtet.

Gerade die letztgenannten Regelungen haben auch die Prüfung der Voraussetzungen für den Anspruch auf Kurzarbeitergeld vereinfacht. Diese Sonderregelungen wurden im letzten Jahr bis zum 30. Juni 2023 verlängert. Weitere Sonderregelungen wie die Verlängerung der Bezugsdauer, die Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung und der anrechnungsfreie Hinzuverdienst bei Minijobs wurden im Laufe des Jahres 2022 hingegen nicht mehr fortgeführt.

Die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld haben insbesondere während des Lockdowns mit zahlreichen Betriebsschließungen gerade in Handel, Gastronomie und Veranstaltungsbranche geholfen, Arbeitslosigkeit und Insolvenzen zu vermeiden. Wenn aber Coronamaßnahmen aufgehoben werden – damit

haben sich auch die Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt reduziert –, müssen auch pandemiebedingte Sonderregelungen in anderen Bereichen abgebaut werden.

Gerade die Quote von nur 10 % der von Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten eröffnet sehr vielen Betrieben die Möglichkeit, Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen. Dabei stellt sich schon die Frage, ob in jedem Fall Kurzarbeit zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit erforderlich ist oder letztlich nur zu Mitnahmeeffekten führt.

(Beifall von der FDP)

Zudem besteht die Gefahr, dass nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen über das Kurzarbeitergeld erhalten werden und so die Dynamik des Arbeitsmarktes beeinträchtigt wird.

Der Fachkräftemangel hat den Wettbewerb um Arbeitskräfte ebenfalls bereits spürbar verschärft. Die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt hat sich dadurch erhöht. Beschäftigte wechseln in Jobs mit höheren Löhnen und höherer Produktivität. Gesamtwirtschaftlich bedeutet das letztlich einen Gewinn. Deshalb müssen wir auch Maßnahmen überprüfen, die einem Arbeitsplatzwechsel möglicherweise entgegenwirken.

Die Nutzung des Kurzarbeitergeldes während der Pandemiejahre hat zudem die Bundesagentur für Arbeit finanziell massiv belastet. Diese Belastung kann von den Beitragszahlern aber nicht dauerhaft getragen werden.

Das Land muss sich aus den genannten Gründen beim Bund dafür einsetzen, die Rechtsgrundlage für die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld nicht noch einmal zu verlängern. Verfahrenserleichterungen für Betriebe wie die Möglichkeit der Anzeige von Kurzarbeit im Folgemonat haben hingegen den bürokratischen Aufwand reduziert. Sie sollten aber nicht als Sonderregelungen fortgeführt, sondern regulär ins SGB III aufgenommen werden.

In den nun folgenden Beiträgen wird sicher oft zu hören sein, dass es um ein bundespolitisches Problem geht, das die Koalition in Berlin zu lösen hat, die das hoffentlich auch tut. Das Thema betrifft aber auch sehr viele Betriebe hier bei uns in Nordrhein-Westfalen, und wer einerseits von einem Fachkräftemangel spricht, sollte andererseits das Potenzial von Fachkräften in der Kurzarbeit nicht vergessen.

(Beifall von der FDP)

Wir dürfen nicht den Verbleib von qualifizierten Beschäftigten in Kurzarbeit fördern, während sie von anderen Betrieben dringend gesucht werden. Daher werbe ich für die Unterstützung unseres Antrags.

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Tagesordnungspunkt, und ich freue mich, Ihnen und den Menschen, die Ihnen wichtig

sind, eine schöne Osterzeit zu wünschen. Haben Sie alle ein frohes und gesegnetes Osterfest. Ich freue mich, wenn wir uns bald gesund wiedersehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es folgt die Kollegin Oellers von der Fraktion der CDU.

Britta Oellers (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute der Rede meines Kollegen Marco Schmitz die Stimme verleihen, weil er seine Stimme verloren hat. Auf diesem Wege wünsche ich dir gute Besserung!

(Zurufe von der SPD: Oh! – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Er hat eine Zweitstimme!)

Ich möchte zu Beginn meiner Rede den Begriff „Kurzarbeitergeld“ etwas differenzierter als die FDP in ihrem Antrag betrachten. Die Bundesagentur für Arbeit unterscheidet generell zwischen einem konjunkturellen Kurzarbeitergeld, einem Saison-Kurzarbeitergeld und einem Transferkurzarbeitergeld. In dem vorliegenden Antrag geht es ausschließlich um das konjunkturelle Kurzarbeitergeld. Das zu erwähnen, ist wichtig, weil das Saison-Kurzarbeitergeld und das Transferkurzarbeitergeld eine andere Rolle haben.

Das konjunkturelle Kurzarbeitergeld soll Unternehmen in Zeiten von Konjunkturschwankungen und anderen wirtschaftlichen Krisen unterstützen, indem es ihnen ermöglicht, Arbeitsplätze zu erhalten, anstatt zu kündigen. Wenn das Arbeitsvolumen in einem Unternehmen aufgrund wirtschaftlicher Gründe wie eines Rückgangs der Nachfrage oder Produktionsstörungen vorübergehend reduziert werden muss, kann dieses Unternehmen Kurzarbeitergeld beantragen. Das Kurzarbeitergeld ist also eine Entgeltersatzleistung für Arbeitnehmer, die aufgrund einer vom Betrieb unverschuldeten Situation entweder nicht oder zeitlich befristet nicht beschäftigt werden können.

Ein weiterer Vorteil dieser Verfahrensweise ist die Bindung von Fachkräften im Betrieb, die sonst möglicherweise abwandern würden. Ihre Vermutung, dadurch würde eine Dynamisierung am Arbeitsmarkt verhindert, teile ich in keiner Weise. Sie unterstellen hier den Arbeitnehmern, dass sie ihre Flexibilität aus Bequemlichkeitsgründen einstellen. Es ist jedoch das Gegenteil der Fall.

Die Unternehmen waren höchst dankbar, dass sie das Instrument der Kurzarbeit hatten, und viele Unternehmer nutzen die Zeit der Kurzarbeit, um sich entsprechend fortzubilden. In der Coronakrise war das Kurzarbeitergeld für viele Betriebe ein Rettungsanker, der es ermöglichte, Beschäftigte in Arbeit zu halten, die andernfalls hätten entlassen werden

müssen. Ab März 2020 wurden daher einige Erweiterungen im Bereich des Kurzarbeitergeldes auf den Weg gebracht, die sich bereits in der Finanzkrise 2008 bis 2009 bewährt hatten.

Grundsätzlich geht man davon aus, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach der Kurzarbeit wieder benötigt werden. Zwar wissen wir heute, dass die Coronakrise und deren wirtschaftliche Verluste weitgehend überwunden sind, allerdings sehen wir uns nun einer anderen Bedrohungslage gegenüber, nämlich dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden drastischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Dazu zählen auch die hohe Inflation und die Lieferkettenproblematik. Umso wichtiger war es, die Wirtschaft zu stabilisieren und den Unternehmen den Rücken zu stärken.

Die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld, die während der COVID-19-Pandemie eingeführt wurden, waren als vorübergehende Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konzipiert. Die Maßnahmen wurden aufgrund der besonderen Umstände und der erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie eingeführt und haben dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu erhalten und Insolvenzen zu vermeiden. Sie wurden aber eben nicht als dauerhafte Lösung konzipiert und sollen zum 30.06.2023 auslaufen.

Ein weiterer Grund dafür, dass die Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld auslaufen sollen, sind die damit verbundenen erheblichen Kosten für die öffentlichen Kassen. Seltsam erscheint an dieser Stelle, dass uns die FDP, die ein Teil der Bundesregierung ist – Frau Schneider, Sie sagten es gerade –, auffordert, der Ampel in Berlin Empfehlungen zu geben, die Sie scheinbar selbst nicht durchsetzen können. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Das Auslaufen der Sonderregelungen ist richtig und sinnvoll. Es erscheint aber mehr als seltsam, dass Sie so viel Angst vor Ihrem Koalitionspartner haben, dass Sie unsere Unterstützung anfragen.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann auch der weitere Verlauf nicht abschließend eingeschätzt werden. Daher kann keine sachlich fundierte Annahme getroffen werden. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Auch ich darf Ihnen allen ein gesegnetes Osterfest wünschen. Kommen Sie alle nach den Ferien gesund nach Düsseldorf zurück. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegen Teschlade das Wort.

Lena Teschlade (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Höchstzeiten der Coronapandemie war es das Kurzarbeitergeld, das ca. 6 Millionen Arbeitnehmer*innen, aber auch den Unternehmen durch die Krise geholfen hat. Kurzarbeit ist das staatliche Versprechen bzw. eine Versicherung an Arbeitnehmende, sie in schwierigen Zeiten nicht alleinzulassen. So geht echte Solidarität.

Wir können klar sagen, dass es viele Betriebe ohne das Kurzarbeitergeld nicht mehr geben würde, und viele Menschen hätten ihren Arbeitsplatz verloren. Kaum hatten sich aber alle ein wenig erholt, kam es zum Angriffskrieg auf die Ukraine, und zum Beispiel Rohstoffmangel und Lieferengpässe haben zu erneuten Schwierigkeiten geführt.

Es war daher absolut richtig und wichtig, Sonderregelungen wie die Absenkung des Mindestlohnanspruchs bei den vom Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten oder den Verzicht auf den Aufbau von negativen Arbeitszeitsalden weiter zu verlängern.

Diese Sonderregelungen laufen zum 30. Juni 2023 aus und sollen in dieser Form wohl auch nicht verlängert werden. Es wird aber bereits darüber diskutiert, wie sich die Vereinfachungen der Beantragung regulär in das SGB III übertragen lassen, da sie sich als sinnvoll erwiesen haben.

Eigentlich brauchen wir aber ein reguläres Transformationskurzarbeitergeld.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Damit komme ich zum vorliegenden Antrag. Ich gebe zu, dass es mich ein bisschen überrascht hat, dass dieser Antrag ausgerechnet von der FDP eingebracht wurde und dass man dort offensichtlich erkannt hat, dass die Sonderregelungen während der Krise so erst mal sinnvoll waren. Außerdem möchte ich sagen, dass wir ausdrücklich begrüßten, wenn sich die Fraktion der FDP aus NRW in Berlin für ein Transformationskurzarbeitergeld einsetzen und starkmachen würde.

(Beifall von der SPD)

Bei genauerem Lesen ist der Antrags allerdings ein bisschen widersprüchlich. Zunächst werden Verfahrenserleichterungen für die Betriebe und die reguläre Übernahme ins SGB III gefordert, bereits im nächsten Absatz wird aber schnell wieder eingeschränkt und gefordert, dass die Regelungen zum Kurzarbeitergeld grundsätzlich darauf hin überprüft werden, inwiefern sie angesichts des Fachkräftemangels sinnvollen Arbeitsplatzwechseln möglicherweise entgegenwirken. Die von Ihnen im Antrag geforderte Prüfung ist als Bedingung für den Zugang zum Kurzarbeitergeld nicht zielführend. Das führe ich gerne kurz aus.

Erstens. In Krisenzeiten sollen Unternehmen und Arbeitnehmer*innen möglichst einfach und unbürokratisch auf das Kurzarbeitergeld zurückgreifen können.

Zweitens. Das Kurzarbeitergeld ist eine Versicherungsleistung der Arbeitnehmer*innen. Ob eine solche Leistung an die Möglichkeiten eines Arbeitsplatzwechsels geknüpft werden kann, ist sehr fraglich. Ob sich für diese Bedingung sinnvolle Kriterien finden lassen, ist noch viel fragwürdiger.

Es wird auch darauf abgezielt, dass mit andauernder Kurzarbeit die Arbeitsmarktferne zunehme. Das hat mich schon sehr verwundert. Dem steht nämlich entgegen, dass es in der Kurzarbeit vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, die einen sozialen, sicheren Arbeitsplatzwechsel ohne vorherige Arbeitslosigkeit ermöglichen sollen.

Der Antrag wirkt demnach in Summe etwas konfus. Es entsteht der Eindruck, die FDP wolle sich ein wenig für die Arbeitnehmer*innenrechte starkmachen und für die Unternehmen einsetzen. Sie bleibt am Ende aber nicht ganz konsequent und verweist doch wieder eher auf das altbewährte Mittel „der Markt regelt das“. Allerdings wissen wir: Der Markt regelt nicht.

Sie werden daher nicht verwundert sein, wenn ich sage, dass wir diesem Antrag so nicht zustimmen werden. – Vielen Dank.

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt die Kollegin Wenzel das Wort.

Jule Wenzel* (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld – sei es das Wegfallen des vorangehenden Verzichts auf Urlaubsansprüche, die Verlängerung der Bezugsdauer oder die Herabsetzung der Zugangsvoraussetzungen – waren in der Pandemie notwendig, um Betriebe und Beschäftigungsverhältnisse nachhaltig zu sichern.

Wenn nämlich zum Schutz der Bevölkerung Schulen geschlossen werden müssen, bricht das Geschäft in der Schulverpflegung weg. Wenn das Kino oder das Theater schließen muss, finden keine Vorführungen mehr statt. Das war eine außergewöhnliche Lage, der Rechnung getragen werden musste und wurde.

Meine Vorrednerin Britta Oellers hat eben in Vertretung für Marco Schmitz schon gut ausgeführt, dass wir über das konjunkturelle Kurzarbeitergeld sprechen. Deswegen möchte ich mich der Kritik meiner Vorredner*innen anschließen, dass Ihr Antrag in einer Zeit kommt, die sehr unsicher ist. Wir sind noch immer mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine beschäftigt.

Außerdem schreiben Sie in Ihrem Antrag selbst, dass die Regelungen zum 30. Juni 2023 auf den Prüfstand gestellt werden. Das wird die Bundesregierung sicher unter der Maßgabe der Wirtschaftsprognose und den Auswirkungen, mit denen wir weiter zu

kämpfen haben, tun. Deswegen bin ich, ehrlich gesagt, erstaunt, dass Sie unseren Kolleg*innen in Berlin gegenüber ein solches Misstrauen offenbaren. Das können Sie aber wahrscheinlich nur selbst beantworten.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir hätten über den Antrag auch im Ausschuss debattieren können, wenn Sie denn eine Überweisung an den Ausschuss veranlasst hätten. Da wir aber heute direkt über den Antrag abstimmen werden, wird diese Diskussion leider nicht stattfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Ihrem Antrag fehlt die Innovationskraft. Sie verkennen wieder einmal, dass wir uns zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels in einer Transformation befinden.

Man könnte in dieser Debatte zwei Pole erkennen. Der eine: strukturkonservativ. Die Transformation wird so lange aufgeschoben, bis sie scheitert.

Der andere ist eine alte ideologische Maßgabe der FDP. Ich wiederhole hier gerne die Worte von Frau Kollegin Teschlade: Der Markt regelt das schon. – Diesen Kurzschluss möchte ich fachlich generell infrage stellen.

Wir müssen uns aber auch über die Auswirkungen klar sein. Wollen wir Unternehmen die Möglichkeit geben, ihre Geschäftsmodelle klimaschonend weiterzuentwickeln und gleichzeitig ihre Arbeitnehmer*innen weiterhin der angespannten Situation des Fachkräftemangels auszusetzen? Hierzu könnte beispielsweise eine Ausweitung des Transferkurzarbeitergeldes auf ein Transformationskurzarbeitergeld oder ein Qualifizierungsgeld analog zum Kurzarbeitergeld helfen.

Das haben wir als Grüne auf Bundesebene in den Koalitionsvertrag der Ampel eingebracht. Mit der ideenlosen Blockadehaltung der FDP sollte man weder in Berlin noch in NRW durchkommen,

(Ralf Witzel [FDP]: Buh!)

zumal sie weder dem Wirtschaftsstandort noch den Chancen der Beschäftigten in unserem Land gerecht wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Gestatten Sie mir zum Schluss der Debatte noch eine Beobachtung. In der Herleitung führen Sie zunächst an, durch den Wegfall der Coronasonderregelungen seien die Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt reduziert worden, ohne einen Wegfall der Regelungen drohe aber trotzdem eine Überlastung der Bundesagenturen für Arbeit. Was ist es denn jetzt?

Das zeigt mal wieder: Der Antrag ist mit heißer Nadel gestrickt. Er blockiert, wo er Innovationen anbieten könnte und wird dem entsprechenden Ausschuss

nicht zur weiteren Beratung vorgelegt. Deswegen bleibt uns nur übrig, ihn heute abzulehnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es folgt Dr. Vincentz für die Fraktion der AfD.

Dr. Martin Vincentz^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Volksmund, der oft ganz viele Weisheiten parat hat, sagt so schön: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Wer Geschäfte und Schulen schließt, muss eben auch für den Ausfall der Jobs und der Produktivität aufkommen.

Daher war es vollkommen richtig, dass das Kurzarbeitergeld an dieser Stelle gegriffen hat, der Staat eingesprungen ist und den vielen Menschen, die sonst in die Arbeitslosigkeit gefallen wären, ausgeholfen hat. Das war gut und hat viele Millionen Arbeitsplätze im Land erhalten. Aber wir können nicht so tun, als dauerte die Krise ewig. Der Staat kann nicht ewig alle Arbeitsplätze bezahlen. Es ist in dieser Situation schon fast eine Selffulfilling Prophecy, wenn jetzt von einem Transformationskurzarbeitergeld gesprochen wird. Eine wunderbare Idee: Wir streichen Ihren Job, aber der Staat zahlt Ihnen 70 % Ihres letzten Gehaltes. Damit weckt man in der Bevölkerung doch keine Akzeptanz für gewisse Maßnahmen. Der Staat kann doch nicht derart in das System eingreifen.

Es ist schlichtweg richtig, die Krise auch irgendwann zu beenden und festzustellen: Wir sind nicht mehr im Dauerausnahmemodus. Der Staat kann eben nicht immer alle Arbeitsplätze im Land bezahlen. Irgendwann muss man auch zu einem gesunden Arbeitsmarkt zurückkehren, auf dem dann vielleicht auch wieder Platz für innovative Ideen ist. Alte Geschäftsmodelle tragen nicht bis in alle Ewigkeit. Das haben wir diese Woche schon häufiger festgestellt. Das kann auch nicht so sein. Ansonsten würden wir vielleicht immer noch – einige wünschen es sich vielleicht – mit Pferdekarren durch die Gegend fahren.

Ich bin ganz froh, dass wir inzwischen Autoland geworden sind. Ich hoffe auch, wir bleiben es weiterhin und geben auch den Betrieben die Möglichkeit, weiterhin innovativ und technologieoffen zu sein, anstatt alte Konzepte von vorgestern noch bis ins Übermorgen zu ziehen. Das ist vielleicht herzerwärmend. Das wollen Sie auch vorgaukeln, aber es ist eben nicht das, was die Menschen brauchen und was tatsächlich zukunftssichere Arbeitsplätze schafft. Wir werden nur mehr und mehr zu einer Art „Industriemuseum“, in dem alte Ideen weiter gefördert werden, während an anderen Orten auf diesem Planeten tatsächlich schon sehr gute Ideen greifen, der Markt sich bereits neu justiert hat und es andere Geschäftsbereiche gibt, die schon wieder blühen. Wir leben in

Zeiten eines absoluten Mangels in verschiedenen Bereichen. Wahrscheinlich wären die vielen Menschen dort auch schon wieder untergekommen, wenn sie nicht mit Ihrem Kurzarbeitergeld noch quasi in einem Wartemodus geparkt würden.

Von daher ist es vollkommen richtig, dass dieser Ausnahmezustand ausläuft. Ich verstehe allerdings nicht – das ist dann wieder schwierig –, warum diese 30-stündige Gesprächsschleife, die offensichtlich zwischen den Koalitionspartnern in Berlin stattgefunden hat, nun auch hier eine Verlängerung findet. Dazu gibt es aus der Arbeitsmedizin eine gute Untersuchung; das ist vielleicht ganz spannend. In Japan praktiziert man besonders lange Arbeitszeiten am Tag und in der Woche. Das Land ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Arbeitsproduktivität nach einer bestimmten Zeit deutlich abnimmt. Das ist in etwa bei 10 Stunden der Fall, die man am Stück arbeitet. Am Ende kommt nicht mehr viel Produktives dabei raus. Das sieht man bei der durchschnittlichen Produktivität der Arbeitsstunden in Japan.

Bei der aktuellen Bundesregierung, der Ampel, scheint es ähnlich zu sein. Wer 30 Stunden tagt, der möchte offensichtlich eine große Schlagzeile, aber nicht unbedingt ein gutes Ergebnis. Das kann eigentlich nur erzielt werden, wenn man sich bei nicht besonders zeitkritischen Dingen einen wirklich guten Zeitplan gibt, um Ideen zu erarbeiten. Ich gebe Christian Linder an dieser Stelle ungern Rückendeckung. Wir stimmen trotzdem zu, weil es in der Sache richtig ist, aber die Eheprobleme müssen Sie alleine klären, glaube ich. – Vielen Dank

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte ist sicherlich arbeitsmarktpolitisch interessant, aber das Gremium und der Ort, an dem sie stattfindet, spielen in der Frage der Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes keine große Rolle. Die Frage, was nach dem 30. Juni passiert, ist die alleinige Entscheidung der Bundesregierung, weil sie auf dem Verordnungsweg geregelt wird. Deswegen sollte die FDP die Frage am Kabinetttisch erörtern, aber nicht unbedingt im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Der zweite Punkt ist, dass das Arbeitslosengeld den Menschen bei den Unwägbarkeiten, die es im Arbeitsleben nun mal gibt – während der Coronazeit auch in einer besonderen Form –, ein Stück wirtschaftliche

Sicherheit verschaffen soll. Reden wir über die Frage, wie es weitergeht. Wir brauchen beim weiteren Bezug von Kurzarbeitergeld sicherlich keinen Coronabezug mehr, denn die Coronapandemie spielt zurzeit arbeitsmarktpolitisch, Gott sei Dank, überhaupt keine Rolle mehr. Es gibt andere Herausforderungen am Arbeitsmarkt.

Meine Linie als Arbeitsminister wird sein, dass wir jede Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes und der Bundesagentur für Arbeit mit den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern besprechen und uns dazu eine Meinung bilden, wenn wir es mit ihnen besprochen haben. Man sollte als Politiker am Ende immer eines wissen: Die Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erbracht. Deswegen ist es auch richtig, die Frage, wofür das Geld ausgegeben wird, wie man die Sicherheit im Verhältnis zum Arbeitsplatzwechsel abwägt, immer eng mit den Sozialpartnern abzustimmen. Das ist die Linie des MAGS und wird es auch bleiben. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Wir sind am Schluss der Debatte.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3660. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt den Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3660 abgelehnt**.

Wir sind am Schluss der Tagesordnung. Auch ich darf Ihnen entspannte Osterfeiertage wünschen. Zudem wünsche ich den Schwarz-Gelben, dass sie Nordrhein-Westfalen am Samstagabend in Bayern gut vertreten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:36 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.